

SEDUTA

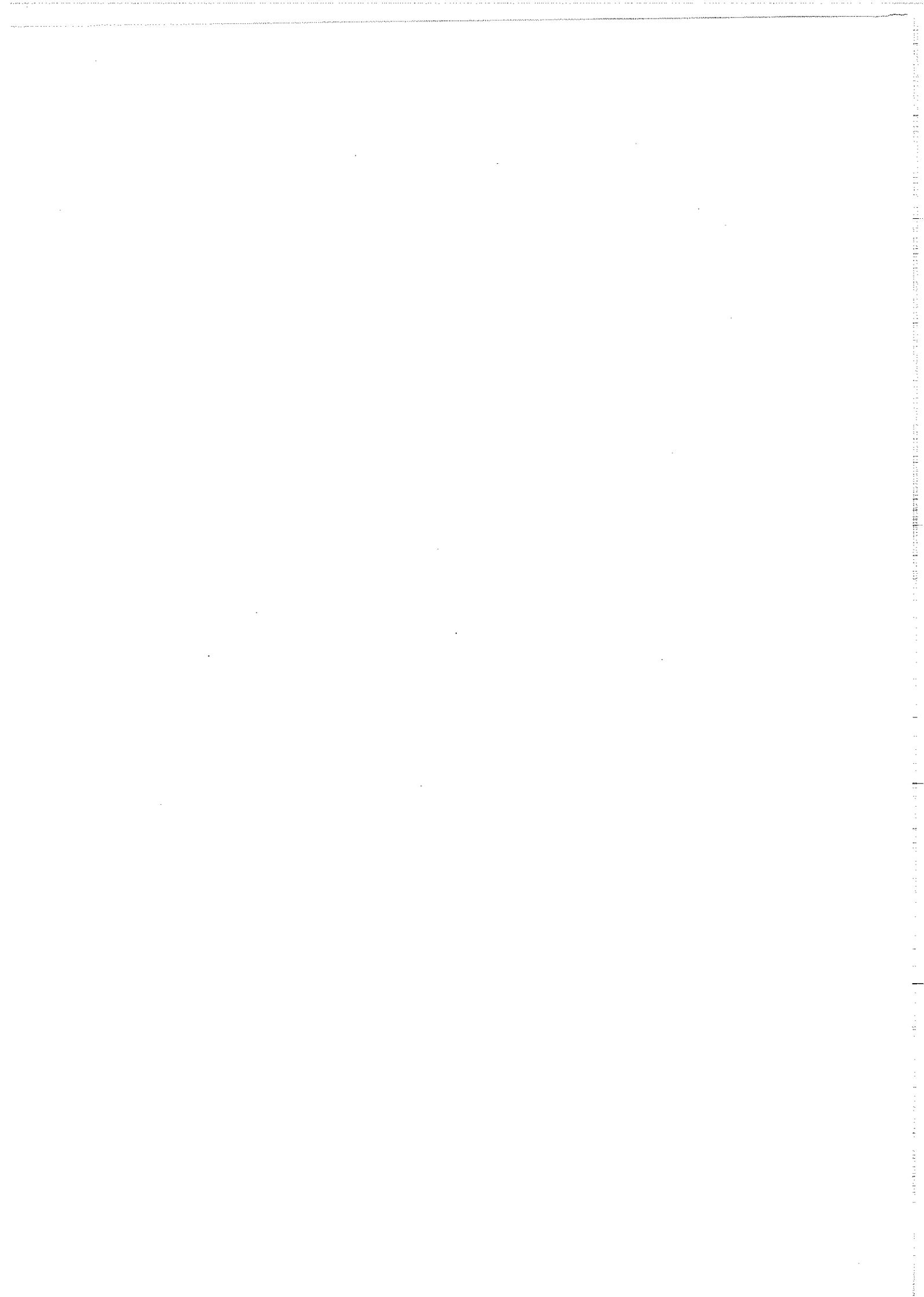
116.

SITZUNG

24-7-1952

Presidente: M A G N A G O

vice-Presidente: M E N A P A C E



Ore 10.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

MENAPACE (vice-Presidente del Consiglio - IND.): *(fa l'appello nominale)*.

PRESIDENTE: Processo verbale della seduta del 23 luglio 1952.

MENAPACE (vice-Presidente del Consiglio - IND.): *(legge il processo verbale)*.

PRESIDENTE: Osservazioni al verbale?

CAPRONI (P.P.T.T.): Vorrei pregare di precisare il mio pensiero nel senso di dire che l'apporto del capitale statale « avrebbe dovuto avvenire », anziché « deve avvenire ».

PRESIDENTE: L'osservazione del consigliere Caproni è accolta. Chi chiede ancora la parola sul verbale? Nessuno. Allora continuiamo con l'argomento del punto 1) dell'ordine del giorno.

BENEDIKTER (S.V.P.): Die schon lange angekündigte und lange erwartete Auseinandersetzung über das Regionalkreditinstitut hat nun endlich begonnen. Es war in den Zeitungen die Rede von einer Flut von Tele-

grammen, die von verschiedenen Wirtschaftsorganisationen eingetroffen seien, um die endliche Begründung dieses Institutes zu beschleunigen; auch seitens von Wirtschaftsorganisationen der Provinz Bozen sind solche Telegramme eingelaufen. Bei näherem Zusehen hat es sich aber herausgestellt, daß diese Telegramme im letzten Augenblick urgiert bzw. bestellt worden sind und von den Vertretern dieser Körperschaften abgesandt worden sind auf Grund einer höchst oberflächlichen Information über den Charakter dieses Institutes; und dies deswegen, weil ja keine dieser Körperschaften und Organisationen früher über den Charakter dieses Institutes informiert worden ist; und es ist gewissermaßen ein Geburtsfehler dieses Regionalkreditinstitutes, daß die Wirtschaftskreise, zumindest die der Provinz Bozen, nicht rechtzeitig informiert worden sind, um ihre Stellungnahme hierzu bekanntgeben zu können, noch bevor irgend welche endgültigen Abmachungen mit den römischen Zentralstellen getroffen worden seien. Wir befinden uns also zuerst einmal vor dem Bericht des Regionalassessors Girardi, der schon im Jänner verteilt worden ist und der schon den fertigen Gesetzentwurf für die Schaffung des Regionalkreditinstitutes enthält, und wir befinden uns andererseits vor der Tatsache, daß heute zum 1. Mal das Kreditinstitut im Regionalrat erörtert wird, und zwar

gleichzeitig zum ersten und zum letzten Mal. Mit der Verabschiedung eines Artikels des Gesetzes über die Verwendung des Bilanzüberschusses aus dem Jahre 1950 soll auch von seiten des Regionalrats die endgültige Genehmigung des Institutes mit allem Drum und Dran erfolgen. Es hat also keine öffentliche Debatte über das Institut als solches stattgefunden, und nun soll heute schon der Schlußstein gesetzt werden.

Es ist daher erklärlich, daß die Bedenken, von denen in der Presse zwar die Rede war und die auch in allgemein gehaltenen theoretischen Artikeln ausgesprochen worden sind, erst jetzt in einer konkreten Form und beim wirklich zuständigen Forum vorgebracht werden und auch, wenigstens zum Teil, in Form von Bedingungen zur Zustimmung formuliert werden. Wie alle wissen, ist im Jänner 1950 ein Nationalgesetz für die Schaffung von Regionalkreditinstituten erschienen, und zwar spezialisiert für den mittelfristigen Industriekredit, also lediglich Industriekredit, und zwar für mittelfristigen, nachdem es allgemein anerkannt worden ist, daß es an einem solchen Instrument für solche mittelfristige Industriekredite fehlt. Es war dies ein Rahmengesetz, das das Entstehen solcher Institute in allen Regionen Italiens vorgesehen hatte, jedoch können diese Institute erst dadurch entstehen, daß die örtlichen Kreditanstalten aller Art, auch Versicherungsanstalten, sich zusammenschließen, ein Statut beschließen und dieses Statut durch Ministerialdekret genehmigt wird. Erst dann könnten diese Regionalkreditinstitute für den mittelfristigen Industriekredit ins Leben treten. Das damalige Rahmengesetz hat sich nicht sofort ausgewirkt, es hat sich erst ausgewirkt nachdem später, und zwar erst jetzt, ein Reichsgesetz herausgekommen ist, das ein Zentralinstitut schafft mit einem Kapital von

60 Milliarden als Staatsmittel, welches dazu bestimmt ist, diesen Regionalkreditinstituten das Portefeuille zu reeskontieren und ihnen auf diese Weise eigentlich das Gros ihrer Kapitalinvestition zu beschaffen. An diesen sogenannten normalen Regionalkreditinstituten für mittelfristigen Industriekredit ist keine Staatsbeteiligung vorgesehen, auch keine Beteiligung des Staates an den Verwaltungsorganen; weiters ist dort vorgesehen, daß sich der Einzelkredit auf höchstens 50 Millionen beschränken muß. Unser Entwurf, d. h. der Staatsgesetzentwurf, der bereits seitens des interministeriellen Kreditkomitees begutachtet worden ist und als solcher gewissermaßen eine vollendete Tatsache darstellt, dieser Entwurf sieht nun ein eigenes, ein spezielles Regionalkreditinstitut für unsere Region vor, und zwar für mittel- und langfristigen Kredit; und nicht nur für die Industrie, sondern für alle sogenannten produktiven Tätigkeiten, ohne Begrenzung der Kredithöhe für die einzelnen Kreditgewährungen. Eine weitere Eigenheit unserer Regionalkreditanstalt ist die Staatsbeteiligung als solche in Höhe von 1 Milliarde, und eine weitere, schwer ins Gewicht fallende Eigenheit ist die Beteiligung des Staates zur Hälfte an den Verwaltungsorganen. Weiters ist in diesem Staatsgesetz vorgesehen, daß das Statut auch wiederum durch den Staat genehmigt werden soll. Welche sind nun unsere grundsätzlichen Einwendungen gegen diesen Charakter des Regionalkreditinstitutes für unsere Region ?

Diese Einwendungen wären folgende: auf Grund des Art. 5 des Autonomiestatutes ist die Regelung des Kreditwesens innerhalb der Region im wesentlichen als regionale Angelegenheit anzusehen, wobei sich die Region an die Grundsätze der staatlichen Kreditgesetzgebung zu halten hat. Durch die Gründung des

Regionalkreditinstitutes in der geplanten Form würde dieses Gebiet der Region vollkommen aus der Hand genommen, nachdem die Lenkung des Kreditwesens zum großen Teil auf das geplante staatliche Institut überginge, in welchem die Region keinen maßgebenden Einfluß besitzt. Daher stünde die Gründung des Institutes in der vorgesehenen Form zu dem Autonomiestatut in klarem Widerspruch. Weiters: so begrüßenswert der Beitrag von 1 Milliarde von seiten des Staates für das geplante Institut an sich ist, so dürfte es vollkommen klar sein, daß dieser Beitrag nicht ausreichen würde, um eine wirkliche Tätigkeit des Institutes zu gewährleisten. Hierzu müßten in weitestem Umfang Gelder, die sonst den örtlichen Kreditinstituten zufließen und mit einer Reparation zur Verfügung stehen, in dieses Institut abgezweigt werden; es würden damit einerseits die Gelder und die Ersparnisse einem Kreditinstitut zugeleitet werden, auf dessen Führung sie keinerlei nennenswerten Einfluß besitzen, und ihre Gelder könnten Verwendungszwecken zugeführt werden, von denen sie nicht den geringsten Nutzen haben. Andererseits wird dadurch die ohnehin sehr kleine Kapitalsdecke, welche für Ausgaben örtlicher oder auch provinzieller Natur zur Verfügung steht, noch mehr beschnitten werden, was sich auf unsere gesamte Wirtschaft verhängnisvoll auswirken kann. Weiters können wir nicht unerwähnt lassen, daß die im Autonomiestatut festgelegten und zum Teil auch schon verwirklichten Grundsätze über die Rechte der Sprachgruppen bei der Bestimmung der Statuten für das geplante Regionalkreditinstitut unberücksichtigt geblieben sind; nach Sinn und Geist dieser Grundsätze hätte eine verhältnismäßige Vertretung unserer Sprachgruppe in den Verwaltungsorganen des Institutes gewährleistet sein müssen; wovon

jedoch mit keinem Wort die Rede ist. Weiters und schließlich: Wir vermögen nicht einzusehen und können es nur bedauern, daß durch diese neuerliche Maßnahme im Sinne einer Zentralisierung des gesamten Kreditwesens in Trient den Interessen einer gesunden Dezentralisation und den Bedürfnissen der Wirtschaft, in unserer Provinz insbesondere, in keiner Weise gedient ist und damit nur überflüssigerweise eine weitere zentral-regionale Bürokratie geschaffen würde.

Daher waren auf Grund dieser Einwände auch näher präzierte Forderungen erhoben worden, daß das Institut keine Bankgeschäfte betreiben sollte, nachdem unsere Region mit Bankschaltern übersättigt ist, und auch keine Bankkonten halten sollte außer zur Abwicklung der laufenden Geschäfte; daß die Zusammensetzung der Verwaltungsorgane dem autonomen Charakter und der Parität der beiden Provinzen entsprechen soll und insbesondere eine verhältnismäßige Vertretung unserer Sprachgruppe nach Sinn und Geist der Grundsätze des Autonomiestatutes gewährleistet sein sollte; daß für die Kreditgewährungen in der Provinz Bozen eine gesonderte, von dieser Provinz aus zusammengesetzte Sektion des betreffenden Ausschusses zuständig sein sollte; daß geeignete Bestimmungen getroffen werden, um eine gleichmäßige Verteilung der Kreditgewährungen und Investitionen auf beide Provinzen zu gewährleisten. Hierzu ist noch zu bemerken, daß auf Grund eines Staatsgesetzes vom Oktober 1950 eine Staatshaftung von 5 Milliarden für den industriellen Aufbau im Trentino gegeben ist, mit der weiteren Möglichkeit von Zinszuschüssen. Diese Staatshaftung hat sich bis dato überhaupt nicht auswirken können, nachdem die in der Region bestehenden Kreditanstalten nicht davon Gebrauch machen konnten, und zwar deswegen,

weil den Industriellen im Trentino, die von diesen Krediten, die mit Staatshaftung versehen sind, Gebrauch machen wollten, das Recht eingeräumt war, diese Kredite für längere Zeit dann festfrieren zu lassen, so daß alle bestehenden Kreditanstalten diese Staatshaftung nicht in Anspruch genommen haben wegen der Gefahr dieses Festfrierens. Es würde nun durch das Inkrafttreten dieses neuen Institutes diese Staatshaftung sich endlich auswirken können, mit anderen Worten: es würde endlich die Gelegenheit geboten werden, diese Staatshaftung für Kreditgewährungen im Trentino auszunützen, weil eine entsprechende Gegenleistung für Südtirol nicht gegeben erscheint, wenigstens bis dato.

Diesen grundsätzlichen Einwendungen ist uns entgegengehalten worden: daß, was die Zuständigkeit im Rahmen der Autonomie anbelangt, es sich hier um ein öffentlich-rechtliches Kreditinstitut handelt, an dem sich der Staat noch dazu beteiligt, und zwar sei diese Staatsbeteiligung ja von der Region herbeigerufen worden, und daß daher die Gründung dieses öffentlich-rechtlichen Kreditinstitutes, auch wenn es nur innerhalb der Region tätig ist, durch ein Staatsgesetz erfolgen müßte. Was die Inangriffnahme der Abschöpfung der Sparraten aus unserem Fonds anbelangt, so wird dem entgegengehalten, daß diese Absicht nicht bestünde, daß daher die Ausgabe von Obligationen und Überbringerbons so erfolgen soll, daß keine Einsammlung von Sparkapital erfolgen muß, und daß diese Abschöpfung aus dem einheimischen Kapitalmarkt näher im Statut festgelegt werden soll; also es wird auf das Statut rückverwiesen. Des weiteren, was die volksgruppenmäßige Vertretung anbelangt: es ist im Gesetz zwar die Parität zwischen den beiden Provinzen vorgesehen,

jedoch entsendet der Staat die Hälfte der Vertreter, und es ist für diese Staatsvertretung nicht vorgesehen, daß sie dem volksgruppenmäßigen Verhältnis in der Region entsprechen soll. Und was schließlich die dezentralisierte Abwicklung anbelangt: es ist uns auch hier entgegengehalten worden, daß diese Abwicklung durch das Statut näher geregelt werden soll, daß sie grundsätzlich über die bestehenden Kreditanstalten erfolgen wird, also unter Zuhilfenahme der bestehenden Bankschalter, wobei ein Text des Statutes eben das Wort enthält, daß grundsätzlich und im allgemeinen keine neuen Schalter eröffnet werden sollen. Wie nun diese grundsätzliche Auffassung ist, ist eine andere Frage, und es sollte das Statut auch hierüber näher präziserte Bestimmungen enthalten. Es fragt sich nun, ob wir uns mit diesen Entgegnungen zu unseren Einwänden zufrieden geben können oder ob wir Verbesserungen am Reichsgesetz anstreben müssen und, soweit dieser Gesetzentwurf alle Möglichkeiten offen läßt, uns ein tatsächliches Mitspracherecht bei der Formulierung des Statutes sichern müssen.

Wie Sie wissen, haben wir in der zuständigen Kommission verlangt, daß das Statut im Einvernehmen mit der Region genehmigt werde, also, mit anderen Worten, wir verlangen ein Mitspracherecht bei der Abfassung des Statutes; wir haben verlangt, daß der Vorsitz in den Verwaltungsorganen von der Region eingenommen wird. Wir haben dann weiters verlangt, daß die Liquidierung nur im Einvernehmen mit der Region erfolgen soll. Alle diese kleinen Forderungen — was den Vorsitz, was die Liquidierung anbelangt, — finden wiederum ihre Regelung im Statut, so daß unsere Forderungen zentrieren auf die Forderung des Mitspracherechtes beim Statut des Kreditinstitutes. Diese unsere Forderung

stützt sich auf das Autonomiestatut, das uns eine sekundäre Gesetzgebung in der Ordnung der regionalen Kreditanstalten gewährt. Die diesbezüglichen Durchführungsbestimmungen sind noch nicht erschienen; von seiten des Ministerrates sind Durchführungsbestimmungen beschlossen worden für Sizilien, das Kreditwesen im allgemeinen, nicht nur für die Ordnung des Kreditwesens. Diese Durchführungsbestimmungen für Sizilien besagen im Artikel 4, daß die Statuten der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten und der Banken von nationalem Interesse genehmigt werden vom Schatzminister im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Region. Es ist also hier in den Durchführungsbestimmungen für Sizilien klar ausgesprochen, daß die Genehmigung des Statutes im Einvernehmen zwischen Staat und Präsident der Region durchgeführt werden muß. Und wir glauben daher, daß diese Forderung der Genehmigung des Statutes im Einvernehmen zwischen Staat und Präsident des Regionalausschusses eine gerechte und billige Forderung ist, daß sie im Autonomiestatut fest begründet ist, daß sie also ohne weiteres als solche gestellt werden kann, was die Ordnung des Kreditwesens anbelangt, also soweit sich die Kompetenz, die gesetzgeberische Gewalt der Region erstreckt. Ich habe vorhin erwähnt, daß es eine Staatshaftung von 5 Milliarden für den industriellen Aufbau im Trentino gibt, die erst durch dieses Institut zur Auswirkung kommen kann, so daß die Kreditgesuche aus dem Trentino durch diese Staatshaftung gewissermaßen privilegiert behandelt werden können, im Rahmen der Kapitalsdisposition des zu schaffenden Kreditinstitutes. Eine gewisse Art von Gegenleistung für die Provinz Bozen könnte dadurch geschaffen werden, daß der italienische Staat für ein brennendes Problem, das die Provinz Bozen

als solche betrifft und die deutsche Volksgruppe im besonderen, auch eine Art von Staatshaftung übernimmt, und zwar für die Rücksiedler.

Durch die nun in großem Ausmaß erfolgte Aushändigung von Staatsbürgerschaftsdekretten an die Südtiroler, die in Österreich und Deutschland leben, und durch die damit erfolgte Entlassung aus dem Staatsbürgerverband Österreich oder Deutschland, befinden sich nun diese Südtiroler in einer sehr prekären Lage. Sie sind nicht mehr Staatsbürger des heutigen Gaststaates, verlieren deswegen die Rechte, die mit dem Staatsbürgerstatus verbunden sind, und sind damit in eine Zwangslage versetzt. Es ist nun auch das Staatsgesetz über die Wiedereinstellung der ehemaligen, der noch dazu ausgeschiedenen Südtiroler erschienen, ebenso über die Wiederauszahlungen an die Pensionisten, und gerade diese Pensionisten sind z. B. unbedingt darauf angewiesen, rückzusiedeln, weil sie ja im Gastlande keine Pension mehr beziehen können. Es handelt sich hier um Südtiroler, die den Großteil ihres Lebens in Südtirol verbracht haben (teils im italienischen Staatsdienst), oder jedenfalls den größten Teil ihrer Lebenskraft für die Südtiroler Wirtschaft verwendet haben, Südtiroler, die z. T. durch diesen Aufenthalt in Österreich oder Deutschland durch die Kriegsverhältnisse zwangsweise umgeschult worden sind auf gewerbliche Berufe und daher wertvolle Elemente darstellen für den Aufbau einer kräftigeren und dichtereren gewerblichen Wirtschaft; so daß für diese Südtiroler eine Staatshaftung für den industriellen Aufbau, für die gewerbliche Existenzgründung unbedingt am Platze wäre, ähnlich wie es der italienische Staat auch für die Flüchtlinge aus den an Jugoslawien abgetretenen Gebieten Istriens getan hat. Das Regionalkreditinstitut

soll also Anlagekredit gewähren für produktive Tätigkeiten, und man braucht ja kein Fachmann zu sein, um behaupten zu können, daß mehr oder weniger alles darauf ankommt, daß der Kreditnehmer als solcher ein tüchtiger Unternehmer ist, und daß es auf seine Gewissenhaftigkeit ankommt, darauf, daß er dem Kreditinstitut bei der Kreditaufnahme in offener und ehrlicher Weise darlegt, wozu er den Kredit zu verwenden gedenkt, und insofern er sich dann an seine Erklärungen gebunden erachtet, insofern ihm die Durchführung seines Vorhabens gelingt, wird alles in Ordnung sein. Wenn es dann an einer dieser Stellen fehlt, so passiert eben ein Unglück und es wird ein Teil dieses Kredites festfrieren, er wird sich immobilisieren, und es besteht also die Gefahr, daß das Regionalkreditinstitut, wenn hinsichtlich der Kreditgewährung nicht entsprechende Kriterien im Statut festgelegt werden, sich zu einem Spital für kranke Industrien entwickelt, so daß auch in dieser Hinsicht die Notwendigkeit besteht, daß im Statut nähere Bestimmungen über die Kredithöhe und über die Kriterien in der Kreditgewährung festgesetzt und entsprechend eingehalten werden. Ich erkläre also hiermit, daß die Gruppe grundsätzlich mit diesem Institut einverstanden ist, nachdem ein eigenes Institut öffentlich-rechtlicher Natur für die mittelfristigen Kredite notwendig erscheint und es an einem solchen Werkzeug vorderhand fehlt, jedoch, und hierin gipfeln unsere Forderungen, soll das Institut im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Regionalausschusses genehmigt werden; wobei selbstverständlich das Statut als solches in seinen Grundzügen vom Regionalrat gebilligt werden soll. Ich möchte noch einen Punkt berühren, was den landwirtschaftlichen Kredit anbelangt: hier ist die einhellige Forderung von der Kommission erhoben wor-

den, daß die Spezialsektion für Agrarkredit sich auf alle Arten von landwirtschaftlichen Kreditgebungen erstrecken soll. Wir wissen, daß für den langfristigen Landwirtschaftskredit bereits die Bodenkreditanstalt, eine regionale Kreditanstalt besteht, welche jedoch schon seit Jahrzehnten auf die Genehmigung, auch langfristige Meliorierungskredite gewähren zu können, wartet, während andererseits für den Betriebskredit, für den kurzfristigen Meliorierungskredit zwar das Venezianische Institut bestanden hat, jedoch unseren Bedürfnissen in der Provinz Bozen und in der Provinz Trient absolut nicht entsprochen hat. Ganz hat für uns, bis dato, die Möglichkeit eines mittelfristigen, 5-10jährigen landwirtschaftlichen Meliorierungskredites gefehlt. Es ist daher die Forderung nach einer Ausdehnung des Agrarkredites auf die anderen Kreditarten, also nicht nur auf den langfristigen Meliorierungskredit, sondern auch auf den mittelfristigen Meliorierungskredit und auch auf den Betriebskredit gerechtfertigt. Selbstverständlich muß diese Kreditgewährung von seiten der Agrarsektion mit der Kreditgewährung von seiten der Bodenkreditanstalt eventuell auch nachher koordiniert werden. Eine Frage bleibt noch übrig, ob die Darlehensaufnahme von seiten der Hofübernehmer wirklich unter den landwirtschaftlichen Meliorierungskredit fällt. Es ist hierzu vom Präsidenten des Regionalausschusses die Erklärung abgegeben worden, daß in Rom ein kompetenter Ministerialbeamter die unverbindliche Erklärung abgegeben hat, daß tatsächlich die Kredite der Hofübernehmer unter die landwirtschaftlichen Meliorierungskredite implicite mit hineingenommen werden könnten.

Ich bin nicht überzeugt, daß dies der Fall sei, umso mehr da es nach dem Staatsgrundgesetz über die landwirtschaftliche Kreditge-

währung eines eigenen Staatsgesetzes, einer eigenen Gesetzesbestimmung bedurft hatte, wie z. B. bei den Übernehmern von aus urbar gemachten Gründen gewonnenen Höfen, denen auferlegt ist, daß nur einer den Hof übernehmen darf und die übrigen Erben ausgezahlt werden müssen: hier ist eine ausdrückliche Bestimmung enthalten in diesem Gesetz aus dem Jahr 1940, daß diese Darlehensaufnahmen von seiten des Hofübernehmers gleichgeachtet sind den Meliorierungskrediten. Also dürfte hier eine ausdrückliche Erwähnung entweder im Gesetze oder, sofern das Gesetz die Möglichkeit offen läßt, im Statut notwendig sein.

ODORIZZI (Presidente della Giunta - D.C.): La traduzione prego!

BENEDIKTER (S.V.P.): *(La discussione sull'Istituto di credito regionale, da tanto tempo preannunciata e così attesa, è finalmente arrivata. Si è parlato sui giornali di un'ondata di telegrammi provenienti da diverse organizzazioni ed enti economici della provincia di Bolzano che sollecitano la costituzione di questo Istituto. Da un esame più dettagliato di questo arrivo di telegrammi bisogna constatare, almeno per quanto concerne la provincia di Bolzano, che questa presa di posizione da parte di questi enti ed organizzazioni economiche è avvenuta dietro un invito pervenuto alle organizzazioni all'ultimo momento, e che queste hanno a loro volta preso una posizione inviando dei telegrammi, in base a delle informazioni superficialissime sull'argomento. Questo argomento, nei suoi termini concreti, tempestivamente sottoposto all'esame delle organizzazioni e degli Enti economici competenti avrebbe potuto dare dei suggerimenti preziosi, che sarebbero giovati per le trattative da farsi e fatte con gli organi*

competenti in sede romana. È quindi giustificato se soltanto oggi vengono a galla le obiezioni che gruppi economici, gruppi politici, volevano fare tempo addietro e cioè in fase di ideazione dell'Istituto stesso. È più che giustificato che tali obiezioni siano state presentate oggi, anche se tardi, e che siano prese, almeno in parte, (con limitazione al punto fondamentale, essenziale) come una condizione all'approvazione dell'Istituto stesso, in quanto è noto che manca, — malgrado la nostra Regione sia più che satura di istituzioni bancarie — uno strumento per il mediocredito. Ciò è ben noto. Quindi, tale strumento doveva essere creato se si volevano incrementare le attività produttivistiche, e doveva certamente essere cercata la via per poterlo creare il più presto possibile; ma sulla carta di questo strumento potevano sorgere molte discussioni e molte divergenze.

Nell'anno 1950, come tutti sanno, è stata emanata la legge cornice sulla creazione di Istituti regionali per il credito a medio termine per le industrie, per le piccole e medie aziende industriali. Tale legge cornice ha trovato attuazione solo in forza di un'altra legge, che però fino ad oggi è stata approvata solo dal Senato, cioè la legge sulla creazione dell'Istituto centrale per il medio credito. Detto Istituto è dotato di 60 miliardi, ed effettua il riscontro del portafoglio degli Istituti regionali. Questi Istituti regionali, nelle altre regioni, entrano in via in base ad una associazione di alcune aziende di Credito esistenti nella Regione: si danno uno statuto, e l'Istituto sorge in base all'approvazione di questo da parte dello Stato. La disposizione del capitale è data dai conferimenti di questi istituti partecipanti e dal risconto del portafoglio da parte dell'Istituto centrale per il medio credito. Non è prevista a priori una partecipazione dello Stato a questi

Istituti regionali, come non è prevista per la amministrazione di questi Istituti. In quella legge cornice inoltre è prevista la misura massima per le singole operazioni di credito: fino a 50 milioni. Per la nostra regione abbiamo un progetto di legge, già approvato dal Comitato interministeriale di Trento e contenuto nella relazione dell'assessore Girardi, il quale prevede la estensione dell'azione creditizia a tutte le attività produttivistiche della Regione, senza fissazione del limite massimo dell'importo nel singolo caso. Prevede inoltre una partecipazione dello Stato, oltre che finanziaria, anche all'amministrazione dell'Istituto; prevede anche che lo Statuto sia approvato soltanto dallo Stato, cioè con decreto del Ministro del tesoro. Su questo progetto di legge distribuito con la relazione Girardi, e sul quale finora non ha avuto luogo alcun dibattito pubblico, le nostre obiezioni fondamentali erano queste: in base all'articolo 5 dello Statuto di autonomia, la Regione ha la potestà di ordinamento degli Istituti di credito di carattere regionale. Quindi, potestà legislativa secondaria, vincolata ai principi della legislazione dello Stato. Tuttavia con la creazione dell'Istituto di credito regionale nella forma prevista, alla Regione sarebbe sottratta una buona parte del settore creditizio — poiché la direzione dell'attività creditizia nella Regione verrebbe — dopo la costituzione di tale Istituto — quasi interamente assunta dall'Istituto stesso, nel quale la Regione non ha un peso decisivo. Così la formulazione della legge contenuta nella relazione Girardi. In tale forma l'Istituto si troverebbe in contrasto con una esigenza espressa dallo Statuto di autonomia.

In secondo luogo: la disposizione di mezzi finanziari. Per quanto favorevole possa essere considerato l'apporto di 1 miliardo da parte dello Stato, è tuttavia ben chiaro che tale

importo, sia pure aumentato dall'altro mezzo miliardo dato dalla Regione, non è bastevole per permettere all'Istituto una proficua attività per un tempo indeterminato. A tale scopo dovrebbero essere ammanniti ulteriori fondi, i quali, se non potranno essere attratti da fuori Regione, dovranno essere presi dal capitale di risparmio esistente nella Regione. Con ciò, con l'emissione di obbligazioni e di buoni fruttiferi, verrebbe attratto nella sfera dell'Istituto, il capitale dei piccoli risparmiatori, i quali vedrebbero i propri risparmi impiegati in scopi, sui quali essi non avrebbero alcuna influenza. Con ciò verrebbe anche a diminuire la disponibilità di capitale negli altri Istituti di credito esistenti nella Regione, cioè nelle Casse di Risparmio, nelle Casse Rurali, ecc.

In terzo luogo: nello Statuto di autonomia è sancito il principio della rappresentanza proporzionale dei gruppi etnici nelle amministrazioni pubbliche, e quindi anche negli organi di Istituti di diritto pubblico che dispongono di denaro pubblico. La rappresentanza proporzionale dei gruppi etnici non è garantita nella stesura attuale della legge dello Stato. Inoltre vi è il pericolo, con la creazione dell'Istituto nella forma presentata, di una nuova burocrazia centralizzata a Trento. Dove si tratta di venir incontro alle esigenze economiche differenziate tra provincia e provincia e tra le diverse zone della stessa provincia, è più che necessario che le operazioni di credito siano svolte in forma decentrata, senza creare una costosa nuova burocrazia centralizzata.

Perciò queste nostre obiezioni sono state riassunte in postulati concreti: l'Istituto non deve aprire nuovi sportelli per conto proprio, poiché la Regione è sovraccarica di sportelli bancari; la composizione degli organi amministrativi deve corrispondere alla composizione etnica della Regione; per le operazioni di

credito riguardo alla provincia di Bolzano si devono creare delle sezioni distinte, composte di rappresentanti della provincia di Bolzano; siano poi predisposte delle garanzie perché avvenga una distribuzione adeguata dei mezzi di investimento sulle due province. A queste obiezioni fondamentali ci fu risposto che, per quanto concerne l'osservanza dello Statuto di autonomia, trattandosi in questo caso di un Istituto di diritto pubblico con partecipazione finanziaria dello Stato, l'approvazione dello statuto dovrebbe essere fatta con legge statale. Riguardo all'ammannimento dei mezzi, oltre all'apporto di capitale da parte dello Stato e della Regione mediante l'emissione di buoni fruttiferi, si è detto che ciò sarà regolato in modo tale da escludere la raccolta del risparmio. Per quanto concerne la composizione degli organi amministrativi in proporzione ai gruppi etnici, si è anche detto che potrà essere regolata in modo più completo dallo statuto, lasciando nella legge aperta questa possibilità di prevedere una composizione paritetica per le due province; e quindi lo statuto potrebbe qui ulteriormente precisare anche la composizione paritetica. Sullo svolgimento dell'amministrazione dell'Istituto in una forma decentrata, si è pure risposto che ciò potrà essere fissato e garantito dallo Statuto. Ci chiediamo se tali risposte possono essere soddisfacenti, o se noi dobbiamo cercare di assicurarci una partecipazione per la formulazione dello Statuto, cioè assicurare alla Regione il diritto di intervenire nella redazione definitiva dello statuto. In sostanza, perciò, abbiamo chiesto che lo statuto venga approvato d'intesa con la Regione ritenendo che tutte le altre richieste sono implicitate in questa. Riteniamo che tale richiesta sia ben fondata nello Statuto di autonomia e nella facoltà amministrativa data sull'ordinamento delle aziende di credito a carattere regionale.

Non abbiamo ancora le Norme di attuazione sulla materia del credito nella nostra Regione, mentre sono state approvate nella Regione siciliana.

In queste Norme di attuazione siciliane gli statuti per credito di diritto pubblico e per banche di interesse nazionale sono approvati dal Ministro del tesoro, d'intesa col Presidente della Regione. Quindi abbiamo un precedente che deve essere positivo anche per noi. Con un preciso richiamo alla disposizione dell'articolo 4 delle Norme di attuazione siciliane, s'intende portare l'attenzione su quanto concerne la nostra competenza in materia di ordinamento. Quindi, le nostre richieste culminano nella proposta che la legge contenga la disposizione dell'approvazione dello Statuto d'intesa con il Presidente della Giunta regionale, per quanto concerne le competenze della Regione relative all'ordinamento. Nell'ambito della Regione stessa poi, per quanto concerne la responsabilità degli organi regionali, lo Statuto deve fare oggetto di una discussione in sede di Consiglio regionale, così il Consiglio può discutere e approvare certe direttive fondamentali che possono essere formulate in un modo più o meno ampio, e che formano poi anche le direttive per il Presidente della Giunta in queste intese con lo Stato. Con ciò non intendiamo certamente creare ostacoli al sorgere dell'Istituto, in quanto che, se si volesse, ci sarebbero altre possibilità da parte del Consiglio regionale o anche da parte della maggioranza della provincia di Bolzano. È chiaro quindi che, pur statuendo questa condizione, la maggioranza dei consiglieri della provincia di Bolzano darà il voto favorevole sull'articolo 6, modificato come ho detto, e sulla legge inerente all'impiego dell'avanzo di bilancio. Intendiamo salvaguardare il nostro preciso diritto di avere voce in capitolo nella formula-

zione dello statuto, perché il carattere dell'Istituto di credito della Regione risponda anche alle esigenze fondamentali che il gruppo della S.V.P. e altri gruppi del Consiglio hanno posto.

Sulla materia del credito agrario, la Commissione, all'unanimità, ha chiesto una formulazione più lata della disposizione dell'articolo 2 della legge istitutiva, in modo da aprire la possibilità — salvo ulteriori precisazioni nello statuto — di estendere il credito agrario, oltre che al credito di miglioramento, anche al credito di esercizio. Abbiamo nella Regione l'Istituto fondiario che ha il credito agrario a lungo termine e aspetta l'autorizzazione per avere il credito di miglioramento; forse lo avrà in connessione con la creazione di questo Istituto. Manca assolutamente la possibilità di credito di miglioramento a medio termine. Il credito di esercizio e di miglioramento a breve termine, emesso finora dall'Istituto federale di Venezia, non ha assolutamente accontentato le esigenze della provincia di Bolzano e della provincia di Trento. Quindi è giusto ammettere la possibilità che la sezione speciale per il credito agrario possa abbracciare anche il credito di miglioramento a medio termine e il credito di esercizio. Possiamo poi presumere che un coordinamento tra i due Istituti regionali, l'Istituto di credito fondiario del Trentino e l'Istituto di credito regionale di futura creazione sia fatto appunto in seguito a precisazioni contenute nello Statuto. Io non sono convinto che l'assunzione di mutui da parte di assuntori di Masi chiusi possa essere considerata un credito di miglioramento, nonostante che il Presidente della Giunta regionale abbia riferito di una assicurazione in tale senso data da un funzionario ministeriale, assicurazione non ancora del tutto impegnativa. Dopo la legge fondamentale sul credito agrario

è uscita una legge sulla creazione di unità poderali per i masi, nella quale è previsto un determinato sistema per i masi chiusi riguardo alla direzione del podere che deve trasmettersi sempre ad un'unica persona. Era necessaria una apposita disposizione in quella legge per parificare ai crediti di miglioramento i mutui chiesti dagli assuntori di questi poderi per il pagamento delle quote ai coeredi. Credo, quindi, necessaria una espressa menzione nella legge o, almeno, nello statuto.

Permettetemi ancora che, in connessione con la questione degli Istituti di credito, sia fatta menzione di una questione che ha assunto ormai una importanza bruciante per la provincia di Bolzano e soprattutto per il nostro gruppo etnico, in quanto ci sentiamo più vicini a questi nostri fratelli che si trovano all'estero. In seguito all'evasione delle domande di cittadinanza, avvenuta dall'autunno 1951 in poi in maniera più spedita (ormai queste concessioni di cittadinanza si sono effettuate quasi al completo), questi Altoatesini che vivono in Austria e nella Germania meridionale, non sono più considerati cittadini dello Stato ospite, e quindi non godono più dei diritti spettanti ai cittadini di quello Stato; pertanto si trovano nell'assoluta necessità di rientrare in patria e cercare qui una possibilità di vita. Sono individui che hanno speso parte della loro vita e delle loro forze lavorative in Alto Adige, per il servizio statale (abbiamo adesso la legge per la riammissione al servizio statale di coloro che sono stati a suo tempo licenziati in seguito all'opzione) e nel lavoro per la prosperità e per lo sviluppo della vita economica dell'Alto Adige. Vi sono infine coloro che sono emigrati come lavoratori agricoli o comunque non specializzati, i quali, dato lo stato di guerra e a seguito dell'industrializzazione, sono stati quasi per forza impiegati in lavori di spe-

cializzazione, o sono anche diventati piccoli imprenditori artigiani e industriali. Questi rappresentano ora degli elementi preziosi per la ricostruzione industriale, quindi per lo sfruttamento più intenso delle risorse economiche dell'Alto Adige. Lo Stato potrebbe intervenire in modo analogo a quanto fece per i profughi giuliani e per il Trentino: cioè con una garanzia statale sui mutui, sui crediti industriali a medio termine concessi dagli Istituti come sarebbe anche il nostro Istituto. Il Trentino ha ottenuto una garanzia di 5 miliardi per il proprio sviluppo industriale e sappiamo che questa garanzia industriale può diventare operante ed efficace solo in forza dell'Istituto che sta per sorgere in quanto le relative domande, fornite della garanzia dello Stato, dovranno essere trattate in un modo privilegiato, in quanto pretendono appunto questa ulteriore garanzia. E ciò rappresenta un notevole incremento e aiuto finanziario, atto a soddisfare le molteplici esigenze, che via via si manifestano con il rimpatrio dei nostri fratelli Altoatesini).

CRISTOFORETTI (M.S.I.): Anche se vicino al « tramonto » — il tramonto può sempre avere aspetti pittorici, mentre i crolli non li hanno mai — voglio esprimere il mio punto di vista in merito all'articolo 6, l'articolo elettorale di questa legge impiegante gli avanzi di bilancio. È già il secondo giorno che stiamo discutendo la fatica dell'assessore Girardi che, prima di abbandonare l'Assessorato per riprenderlo o passare a più alto incarico, vuole che si faccia l'Istituto di credito regionale. Gli interventi di ieri sono stati molto densi. L'onorevole Paris ha chiesto come funzionerà questo Istituto, secondo quali direttive, come sarà regolata la concessione del credito, tutte cose che riguardano la Giunta, e non capisco perché le voglia sapere Paris.

Poi hanno parlato, come dice il giornale fiancheggiatore, gli « araldi tirolesi ». Il consigliere Defant ha inteso dimostrare ai colleghi la sua profonda competenza nel settore finanziario, ha manifestato delle preoccupazioni sul controllo dell'ente sulla partecipazione delle minoranze allo stesso, ed ha chiesto una Commissione che dovrebbe affiancare, nella fase finale, il signor Presidente Odorizzi: forse voleva dire « agli ordini » del Presidente Odorizzi. Il consigliere Caproni, ripercorrendo press'a poco le stesse facili vie di riprovazione (gli avversari riprovano sempre, non possono conoscere i problemi!), non ha, con la sua esposizione, fornito sostanzialmente alcun apporto positivo alla discussione. Oggi ha parlato il dottor Benedikter, ma siccome non ho ancora letto « L'Adige » di domani, non posso avere una opinione sul suo intervento. Ha parlato dei diritti della minoranza etnica, e su questo punto siamo d'accordo. La rappresentanza tedesca ha diritto di far parte proporzionalmente nell'amministrazione dell'Istituto, ma ha lo stesso diritto anche il gruppo delle minoranze.

In definitiva ho sentito che il gruppo della V.P. è ultrafavorevole all'Istituto di credito regionale, anzi si lamenta che sia stato fatto troppo tardi. Non comprendo come possa entrare qui l'argomento dei rioptanti che ormai vengono conditi in tutte le salse; tuttavia, dato che il dottor Benedikter lo ha fatto entrare per forza, conviene disporci a discuterlo. Mi assicurano che in questi giorni i telefoni hanno lavorato fortissimo; molti uomini si sono affaticati, soprattutto il Sindaco di Bolzano; sono arrivati moltissimi telegrammi spontanei, pubblicati con encomiabile prontezza; una Camera di commercio della Regione — non vi dico qual'è, certamente non quella di Trento — ha fatto sapere che non redige il telegramma perché poteva essere interpellata anche prima, dato

che si parla già da 6-7 mesi di questo argomento.

Le minoranze hanno presentato un piccolo memoriale, nel quale esprimono le loro diverse richieste. Su tutti questi punti non posso parlare, ma su tre non è possibile tacere. Primo punto: che le minoranze concordano pienamente con la necessità dell'organizzazione dell'Istituto di credito a lungo e medio termine quale strumento efficiente di potenziamento economico e sociale della Regione. Non parla di consolidamento di gruppi politici o di rafforzamento di feudi ma dice, soltanto « potenziamento economico e sociale della Regione ». Secondo punto: non vi fu alcuno scambio di vedute in merito tra l'Assessore proponente e le minoranze. In tanti mesi, o sul treno, o su una vettura, o per strada, si poteva, almeno superficialmente, sentire il pensiero di queste disgraziate minoranze! Terzo punto — e questo è gravissimo —: non è stata affatto consultata la Commissione per l'industria e il commercio. Siccome questo Istituto di credito — dovrebbe mirare soprattutto, per non dire esclusivamente, a rendere operante la legge 910 del 29-10-1950, è chiaro che, per il potenziamento delle piccole e medie industrie, dovrà dire il suo parere anche la Commissione per l'industria, commercio, trasporti e turismo, composta di 4 tecnici e di 3 altri membri delle minoranze, che non capiscono niente.

Su questo punto credo che dobbiamo essere d'accordo. Devo riprendere una parola del dottor Benedikter (che ha parlato di ammannimento di fondi, ma è meglio dire reperimento): io non nascondo che, senza aver interpellato il corpo elettorale, sono contrario all'Istituto di credito istituito con tali garanzie e senza una garanzia assoluta delle minoranze. Sono poi contrario all'estensione del-

l'Istituto nel campo del credito agrario. Agli agricoltori viene già dato troppo, o molto almeno: ci sono altre categorie che hanno bisogno! e se noi questi 2-3-5 miliardi li dobbiamo distribuire fra tutte le categorie, magari proporzionalmente alla loro rappresentanza regionale, è chiaro che resta molto poco per il settore disgraziatissimo dell'industria, e per l'artigianato. Quindi per parte mia, sono contrario all'estensione al credito agrario. Credo non ci sia altro da aggiungere. I precedenti oratori hanno portato dei dati, anche tecnici, sui quali non discuto: conosco la serietà di studio di questi colleghi — anche se di correnti avverse — e non mi sento di entrare in merito, di aggiungere i miei lumi a quelli più che sufficienti già dati. Mi dispiace dover dire già fin d'ora: se non verrà concordato meglio e non verranno date delle garanzie alle minoranze, io non posso assolutamente votare a favore di questo Istituto di credito.

SAMUELLI (D.C.): Ho preparato delle note, perché la materia è assai delicata e occorre che ogni parola sia pesata. Premetto che parlo anche per incarico dei colleghi del gruppo dell'agricoltura.

Chiudendo la relazione della Commissione alle finanze, ho manifestato — a titolo personale — la mia sorpresa per l'atteggiamento di diffidenza e quasi di ostilità assunto da alcuni consiglieri già in sede di Commissione in ordine alla creazione dell'Istituto regionale di credito. È male che anche nei consessi legislativi della nostra Regione le discussioni su determinati provvedimenti scivolino spesso volte da un piano strettamente economico-sociale a quello del calcolo politico e della polemica tra i gruppi politici stessi.

Si finisce così col perdere di vista la vera natura dei problemi e, di conseguenza, non si

risolvono, ritardandone la soluzione o risolvendoli con inefficienti compromessi.

Nel caso specifico dell'articolo 6 del disegno di legge in esame, io credo si sia persa di vista la fondamentale importanza che l'attività creditizia riveste per la vita economica della Regione e per il benessere di tutti.

Insisto sul concetto di « fondamentale importanza » perché è questo che deve stabilire una precedenza di necessità circa l'utilizzo dei residui di bilancio.

A sostegno di ciò mi si permettano brevi considerazioni di carattere generale.

Anzitutto osservo che, se dovessimo stabilire una gerarchia di importanza tra le varie attività a seconda del raggio di azione che esse rivestono nella vita economica, il primo posto spetterebbe senz'altro all'attività creditizia, la quale interessa l'intero settore dell'economia senza esclusioni di sorta.

In secondo luogo, è al credito che spetta il compito di fare da anello di congiunzione tra produzione, commercio e consumo per creare l'equilibrio indispensabile alla prosperità economica del paese.

Per ultimo — e qui richiamo la vostra attenzione — l'attività creditizia intesa nel suo giusto valore, ha la possibilità di migliorare le condizioni sociali di chi beneficia del credito, senza peraltro intaccare le condizioni di chi è in grado di prestare la moneta.

Sicché, appare elementare principio di giustizia sociale che il risparmio monetario debba affluire di preferenza verso settori di produzione, popolazioni e zone ove, per particolari condizioni di disagio, ci sia più bisogno di aiuto. Così, purtroppo, praticamente non avviene mai.

In effetti, la pratica e l'indirizzo attuale della economia sono tali che il credito è ben lontano dal poter svolgere quell'azione morale

e sociale di risanamento che dovrebbe portare, per ragioni di giustizia distributiva.

La massa del risparmio continua di preferenza ad indirizzarsi verso coloro che sono economicamente più forti, verso le grandi industrie, verso i grandi empori commerciali o verso le grandi e grandissime aziende agricole.

È naturale che un'attività creditizia soggetta al libero gioco della domanda e dell'offerta, favorisca logicamente chi più ha, perché maggiori sono le sue possibilità di remunerare il capitale che si chiede in prestito.

Questo gioco si giustifica con la solita ragione dell'incremento delle attività industriali e commerciali a vantaggio della collettività e con l'esigenza di evitare il polverizzarsi dell'intervento. Guido Marini, in un poderoso articolo sul quotidiano « l'Adige » del 22 corrente, spezza delle lance a sostegno di questa tesi. Io affermo però che non è certo su questa strada che si riuscirà a ridurre lo squilibrio esistente fra i vari strati sociali.

Il credito è ancor oggi un privilegio dei ricchi o, comunque, mentre gli agricoltori, i piccoli proprietari, gli artigiani che hanno un reddito netto poverissimo, non se ne possono sentire perché il loro reddito è talmente basso da non compensare i tassi di interesse normalmente richiesti.

Ciò premesso, ne consegue che è nostro dovere di intervenire senza posporre la soluzione di questo problema ad altro, perché questo investe tutte le branche dell'economia regionale, ed è un problema di benessere e di vita per le aziende e la popolazione.

Nel caso specifico il nostro compito risulta facilitato dal fatto che lo Stato mette a disposizione, per questo scopo, un miliardo e consente la partecipazione della Regione al nascente Istituto con un ulteriore importo di 550 milioni. Va ricordato che, a differenza

delle normali masse di risparmio, questo capitale non va remunerato, e ciò permetterà il tasso a favore di coloro che hanno bisogno di fondi.

Accettata come fondamentale l'importanza del problema, e trovata soprattutto — grazie all'aiuto dello Stato — la possibilità di iniziare una soluzione del problema medesimo, è nostro dovere morale e sociale di intervenire.

Insisto su questo punto essenziale, che deve essere un comune denominatore per tutti. Da qui si può iniziare la discussione sulle modalità dell'intervento e sulle possibilità di raggiungere lo scopo.

Voglio soffermarmi su alcune obiezioni avanzate, sia dai gruppi delle minoranze che dal gruppo della S.V.P., dalla stampa ecc.

- 1) Si dice che è bene evitare la creazione di un'altra costosa struttura burocratica, e appoggiarsi invece agli Istituti di credito esistenti;
- 2) Si avanzano riserve per quanto riguarda la destinazione del credito;
- 3) Si teme l'eccessiva ingerenza dello Stato;
- 4) Si lamenta l'eccessiva esiguità dello stanziamento;
- 5) Si sollevano varie altre eccezioni di ordine procedurale.

In via preliminare osservo che sarebbe veramente inconcepibile rifiutare l'aiuto dello Stato o patteggiarlo con l'intenzione di porre dei limiti alla sua ingerenza in una materia delicata quale è quella del campo del credito, regolata da tutta una speciale legislazione.

Evidentemente è nello spirito di questa speciale legislazione italiana che si crea il nuovo Istituto. Istituto che si differenzia quindi sostanzialmente dagli Istituti regionali di credito considerati dallo Statuto speciale.

Questo sia detto per coloro che si preoccupano di veder offesa la dignità della Regione e credono di intravedere una abdicazione delle prerogative spettanti alla Regione.

Siamo quindi in tutt'altro campo!

L'atto istitutivo del nostro Istituto di credito, per il quale siamo chiamati a deliberarne la partecipazione, rappresenta una specie di contratto sociale, a formare il quale concorre la volontà dei soci medesimi.

Sta a noi decidere se convenga o meno accettare questo patto ed assoggettarsi alle condizioni che il partecipante maggiore — Stato — intende porre.

Secondo me, non v'è dubbio di scelta, perché, in definitiva, sono due miliardi di nuovo capitale circolante che viene immesso nella Regione.

« Un'inezia » — dice il collega consigliere Defant. Può anche darsi che sia così, ma se non si può ottenere di più questo non giustifica che si rinunci all'impresa

D'altra parte giova rilevare che trattasi di capitale di prima fondazione. L'apporto di due miliardi non è proprio del tutto trascurabile. Credo che nessuno di noi possa coscientemente assumere la responsabilità delle conseguenze derivanti da atteggiamenti, che hanno l'apparenza di fondate critiche o di motivate preoccupazioni per la libertà, per l'autonomia, per il prestigio della Regione, ma si risolvono sostanzialmente in atti diretti ad impedire il sorgere di questo nuovo Istituto.

Vi è una prevenzione circa la struttura burocratica del nuovo organismo e il suo costo. Si dice che essa si può evitare appoggiandosi agli esistenti numerosissimi Istituti bancari.

No, questo non è possibile. Si potrà come detto nella relazione che accompagna il proposto decreto legge — per l'istruttoria delle domande e per l'esecuzione delle operazioni,

servirsi degli Istituti di credito esistenti nel luogo del richiedente. Ciò servirà a ridurre le spese; ma solo questo.

La differenza tra il metodo e l'indirizzo di credito che noi dobbiamo seguire, e quello dei normali istituti, è tale da escludere ogni confusione o compromesso e da richiedere un nuovo specifico organismo.

Noi dobbiamo dare dove c'è più bisogno. Le banche danno invece, per la loro natura di enti speculativi e di conseguenza per la loro stessa vita, dove il capitale può essere più retribuito e movimentato, dove cioè le condizioni economiche generali sono migliori.

E nelle banche sono comprese anche le nostre Casse Rurali, le quali se vogliono vivere e difendere i risparmi che hanno in deposito, debbono pure esse seguire nella loro amministrazione il criterio dell'utile e del tornaconto economico.

È necessario creare una organizzazione che possa sostituire al suddetto criterio dell'utile quello della giustizia per le classi bisognose. A questo fine, l'esperienza ci dice che nulla abbiamo da sperare dalle banche per quanto umanitari e benefici siano i loro statuti e i loro scopi.

Ho letto in proposito, nella citata relazione, che la Cassa di Risparmio di Bolzano e l'Istituto federale di Venezia avevano prospettata l'opportunità che il costituendo Istituto rinunciasse, logicamente a loro favore, ad esercitare il credito agrario. Sono veramente lieto che non si sia accolta questa opportunità, veramente poco opportuna.

Si obietterà da qualcuno che queste sono belle cose ma che nella pratica si risolverà ben poco, perché ci si ridurrà ad avere un'altra qualunque banca o una cosa inaccessibile a coloro che hanno bisogno di credito, e a sostegno di questa osservazione si additeranno

Istituti del genere creati dallo Stato, con gli stessi nostri scopi e le stesse nostre speranze.

È pacifico comunque che la causa prima delle inefficienze che intralciano l'opera di quegli organismi, è data dall'ampiezza delle zone che essi abbracciano e dalla conseguente pesantissima organizzazione burocratico-amministrativa.

Qui invece, il nostro Istituto è vicino alle popolazioni, i bisogni son ben definiti e localizzati, e così la sua funzionalità ed efficienza.

Due parole ancora sulla questione specifica della destinazione del credito.

Mi limito al campo del credito agrario perché rappresento tale categoria.

In vari articoli apparsi sulla stampa vi è chi si è affannato a far osservare la necessità di escludere il settore agricolo dal beneficio della nuova iniziativa perché diversamente, per l'esiguità dei fondi a disposizione, gli interventi si sarebbero polverizzati e sarebbero perciò inefficienti ai fini dell'incremento produttivo generale della regione.

Questa paura della polverizzazione e delle sue conseguenze, può essere giustificata. È sintomatico però che quando, per rimediare alla polverizzazione, si vuol escludere qualcuno, la scelta cada sempre sull'agricoltura: settore che, oltre a essere povero e bisognoso, è anche il più produttivo da noi.

Ed è sempre in nome dell'aumento di produttività che si richiedono queste esclusioni!

Ciò è contrario ai più elementari principi di solidarietà e giustizia sociale.

Noi abbiamo il dovere di creare nel contadino, per piccolo che sia il suo pezzo di terra, la convinzione che egli non è escluso dai vantaggi che il credito può offrire, e che deve servirsene per migliorare la sua azienda che, per quanto piccola, è sempre un'entità

produttiva nell'economia della regione e dello Stato.

I commercianti, gli imprenditori, le società piccole e grandi, hanno una libertà di azione nel campo economico molto più ampia di quanto sarebbe se fossero costretti a operare con i soli capitali provenienti dai propri redditi.

Dobbiamo creare le condizioni necessarie perché si possa mettere su questa strada anche l'azienda base dell'economia regionale che è la piccola proprietà contadina.

Se riusciremo a fare questo, non solo avremo fatta un'azione di giustizia sociale, ma avremo gettate anche le basi per un vero incremento produttivo.

Oggi, la vita economica della piccola proprietà si trascina a stento fra difficoltà che stanno diventando veramente gravi.

Basterebbe chiedere a coloro che fanno il servizio scorte agrarie, quanti sono i contadini in grado di pagare quanto è indispensabile alla coltivazione della terra. Pochissimi. La grande maggioranza non può pagare e deve attendere la vendita dei prodotti per vedersi poi conteggiati gli interessi con un tasso altissimo e addirittura sproporzionato se raffrontato al reddito attuale dell'economia agricola. in circolazione col credito delle banche —

È vero che la massa del risparmio rimessa in corcolazione col credito delle banche — così come avviene oggi — è il motore primo dell'iniziativa e dell'aumento della produttività e con ciò, aumentando le possibilità di lavoro, agisce nel senso del bene della collettività. Però ricordiamo che questo bene arriva alla comunità passando quasi sempre attraverso le aziende o società, che ne assorbono i loro principali vantaggi.

Qui, nella nostra regione, estremamente frazionata in migliaia di piccole proprietà, abbiamo il terreno più adatto per eliminare

questo passaggio forzato e portare direttamente i vantaggi del credito al privato cittadino. Così il suo lavoro potrà trovare respiro e tranquillità, condizioni essenziali per ogni miglioramento e aumento della produzione della nostra terra.

Non meravigliamoci, signori Consiglieri, se il meccanismo sarà un po' lento ad avviarsi. I nostri piccoli proprietari hanno tutt'oggi paura del denaro a prestito, per le garanzie che si chiedono, per i tassi che si debbono pagare, e per le vicende dolorose che hanno accompagnato l'ultima crisi degli Istituti bancari.

Perciò necessita un'adeguata e attiva propaganda che generi nuova fiducia e crei nei piccoli proprietari una nuova mentalità.

Non va trascurata l'importanza del credito di esercizio, che potranno ottenere i contadini anche attraverso le cooperative, i caseifici ed altre simili loro organizzazioni, che tengono, per lunghi periodi di tempo, nei loro magazzini i prodotti dei soci allo stato naturale o trasformati.

La Commissione è stata unanimamente d'accordo su questo punto: ciò significa che la proposta rispondeva ad un reale bisogno, ad una necessità effettiva, non discutibile.

Infatti, se l'Istituto è richiesto dal commercio, dall'industria e dal turismo, sarebbe stato strano negare che non risponda ad una esigenza dell'agricoltura. Ricordo e ripeto che l'economia del Trentino è rappresentata per il 70% dall'agricoltura.

Sarebbe stato quindi un assurdo creare un Istituto avente lo scopo di dinamizzare e sollevare l'economia della Regione, ed escludere quel settore che ha una influenza del 70% sull'economia intera. Sarebbe stata una iniziativa non vitale, nata già sciancata e che non avrebbe certo raggiunto lo scopo che sta a base del programma.

Rispondo ai colleghi di Bolzano che hanno proposto che nella legge venga specificamente incluso il dovere dell'Istituto di effettuare operazioni di finanziamento per l'affrancatura dei masi chiusi: da un punto di vista tecnico ritengo che l'inclusione nella legge di una operazione specifica sia illogica; da un punto di vista tecnico ritengo che queste operazioni sono necessarie ed utili alla economia agricola ed allora rientreranno nelle operazioni programmatiche-base dell'istituto o non lo sono, ed allora non saranno operazioni fattibili.

Comunque, trattasi di specificazioni che potranno rientrare in previsioni regolamentari, non legislative.

Concludendo:

Il Consiglio è chiamato a deliberare una partecipazione alla costituzione del fondo dell'Istituto regionale di credito istituendo.

La mancata partecipazione significa rinuncia alla creazione dell'Istituto di credito regionale.

Questo Istituto è reclamato da tutte le categorie economiche della regione, risponde ad un bisogno effettivo, ha una sua caratteristica e speciale funzione diversa da tutti gli Istituti di credito regionali ed operanti della regione. Non si tratta quindi di un duplicato di altre iniziative, di un sovrapporsi ad altre attività.

La funzione di questo nuovo ente è sociale, esso è il mediatore fra quelle che sono le necessità del popolo e le limitazioni insite nel funzionamento del potere esecutivo.

Contro o intorno a questa iniziativa quasi tutti i partiti hanno proposto emendamenti.

Penso che non mi si possa accusare di fare il processo alle intenzioni se affermo che, in genere, gli emendamenti proposti hanno, alla base, due fondamentali preoccupazioni:

- 1) che l'Istituto istituendo diventi un mezzo col quale lo Stato possa dominare economicamente la Regione e possa quindi intaccare l'autonomia politica regionale sul piano economico;
- 2) che l'Istituto istituendo possa diventare uno strumento di dominio politico del partito di maggioranza.

Ritengo di dover rispondere che:

- a) non sia questo il momento per proporre iniziative atte a garantirsi dai pericoli che si intravedono;
- b) che tali preoccupazioni dimostrano scarsa stima nella democrazia;
- c) che tali preoccupazioni sono intempestive, in quanto tenderebbero ad imbrigliare una iniziativa prima ancora che sorga, non solo, ma che le riserve espresse impedirebbero l'attuarsi dell'iniziativa medesima.

Io vi dico: votate il sorgere di questo Istituto ed abbiate fiducia nella democrazia, nella lotta democratica, dalla quale non potranno nascere sopraffazioni per nessuno, ma parità di diritti per tutti.

Negare il voto a questo progetto, o direttamente o indirettamente, con condizioni o riserve, significa assumere gravi e irreparabili responsabilità per l'avvenire economico della regione, di cui si dovrà rispondere.

PRESIDENTE: Non ho voluto interrompere l'intervento del consigliere Samuelli, ma voglio avvertire che le relazioni lette non devono durare, secondo il Regolamento, più di 15 minuti.

SAMUELLI (D.C.): Conoscevo l'articolo del Regolamento, ma essendo il relatore dello schema di legge credevo di non avere limitazioni di sorta.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola ?

CAPRONI (P.P.T.T.): Mi devo riallacciare a quanto già precisato ieri in questa sede, perché mi sono accorto che in un punto molto importante il mio pensiero non fu esattamente interpretato. Infatti non è esatto dire che ho affermato che il conferimento statale del miliardo per la costituzione del progettato Istituto di credito costituisce una diminuzione delle entrate dell'articolo 60 dello Statuto regionale. Io volevo e voglio affermare che, anziché conferire un miliardo sotto forma di partecipazione al capitale di dotazione, questo miliardo si sarebbe potuto ottenere attraverso il tubo normale di immissione nel bilancio ordinario della Regione, nella parte ordinaria delle entrate, in conformità all'articolo 60 dello Statuto. È molto importante questa affermazione. Il Presidente della Giunta accenna col capo di no, ma io invece affermo di sì, e lo dimostrerò. Se chi di dovere avesse soltanto pregato gli organi del Governo, gli organi politici del Governo (perché è il Governo il responsabile politico), di leggere quelle 8 paginette contenute negli « Aspetti dell'economia del Trentino » pubblicati dal Consiglio provinciale dell'economia di Trento (come allora fu chiamato) nel 1931, e che portano dei dati statistici, e fanno anche un interessantissimo esame storico, economico, finanziario di tutta la storia del nostro paese nel dopoguerra, io sono profondamente convinto che il Governo avrebbe detto: « Sentite, buoni Trentini, un miliardo non è ciò che costituisce il nostro fallimento, vi diamo il miliardo e vi aumentiamo le entrate dell'articolo 60 dello Statuto. Col miliardo fondate l'Istituto regionale di credito ». Ho visto che anche il magnifico, dettagliatissimo intervento del consigliere Defant di ieri, sostanziato di

dimostrazioni e di cifre, purtroppo è stato minimizzato. E col suo intervento, senza citare questa pubblicazione, non ha fatto altro che riesumare — per renderli vivi davanti al nostro cervello che deve essere operante quando si esaminano i problemi economici — i dati molto precisi contenuti in questa relazione che non può essere revocata in dubbio; questa relazione venne pubblicata dal Consiglio provinciale dell'economia di Trento, in tempi in cui non solo la critica politica, ma perfino la critica economica era impedita. Eppure si ebbe il coraggio civile di pubblicarla; contiene delle cifre molto interessanti. Prego gli egregi colleghi di comprendere il mio pensiero, che non è diretto a sollevare certi sentimenti o risentimenti sui quali tutti noi non vogliamo assolutamente ritornare. Che cosa dimostra, in sostanza, questa deduzione molto precisa contenuta nella pubblicazione del Consiglio provinciale di Trento e di Bolzano, come anche altri territori della Venezia Giulia, al momento della conclusione dei trattati di pace erano considerati — e non si poteva fare altro, in quel momento, lo riconosco pienamente — come province appartenenti a Stati ex-nemici.

Quindi, nel campo finanziario, il trattamento è stato logicamente consequenziale. Se il Presidente Odorizzi avesse voluto — e lo poteva, io ne sono profondamente convinto, e sono convintissimo che avrebbe potuto avere un merito favorevole in questa dimostrazione — avesse voluto ravvivare alla memoria dei rappresentanti del Governo questa situazione, in conseguenza della quale è derivata gran parte della pressione economica del Trentino e anche dell'Alto Adige nell'immediato dopoguerra, certamente quel miliardo, senza discussioni, sarebbe stato dato in conformità all'articolo 60. E lo Stato avrebbe messo la

Regione nella condizione di poter fondare l'Istituto di credito in forma veramente autonoma, con rappresentanti propri, senza ingerenze statali nel consiglio di amministrazione — le quali non sono poi il flagello di Dio, ma sminuiscono un po' la nostra competenza autonomistica, che abbiamo in base allo Statuto speciale. La nostra è una competenza di carattere secondario, di fronte alla legislazione primaria dello Stato. C'è il Comitato interministeriale del credito che esercita la sua funzione di controllo quando e dove vuole, in qualsiasi settore del credito. Quindi, solo a titolo di precisazione ribadisco questa tesi, non per farla oggetto di voto in sede di Consiglio, ma perché, quando si dovesse nuovamente ripresentare l'occasione, il signor Presidente della Giunta si avvalga di questo argomento; e vedrà che nel Governo non troverà opposizione. Mi dimostri il contrario! Mi dimostri di averlo fatto, mi dimostri le obiezioni che verranno sollevate, ed allora mi convincerò che è impossibile battere quella via, e con me si convinceranno molti altri e un'intera cittadinanza. Questi argomenti vengono continuamente sollevati; vengono affacciati di tanto in tanto in qualche pubblicazione economica, anche molto diligente, da singoli studiosi; sono continuamente portati alla ribalta. Facciamo tacere una volta per sempre un argomento così antipatico che è facilmente liquidabile!

Discutendo adesso su alcuni aspetti di questo argomento nella speranza di arrivare ad una conclusione positiva, ho osservato una cosa alquanto antipatica. Vedo unanimi istanze delle categorie economiche per la creazione dell'Istituto di credito. Anche i commercianti, gli industriali sono favorevoli all'Istituto! Ma questo non è una novità. Se creeremo con domani, o col primo di gennaio 1953, un

Istituto che darà la possibilità a varie categorie di avere dei finanziamenti per lo sviluppo della loro attività economica, sappiamo benissimo che è di comune gradimento un Istituto del genere, con finalità speciali e particolari, non afferenti agli altri Istituti di credito. È chiaro. Ciò che invece è poco chiaro è che a distanza di 24 ore, anzi nel momento stesso in cui si sta discutendo il problema in sede di Consiglio regionale, si affaccino tutte queste istanze. Ieri, dopo la seduta del Consiglio ho occasionalmente incontrato tre personalità del piccolo mondo economico della provincia di Bolzano — e precisamente uno del gruppo etnico tedesco e due del gruppo etnico italiano — personalità di primissimo piano in questo mondo economico. Ho chiesto: « Siete informati circa i dettagli della fondazione di questo progettato Istituto? Avete mai scambiato idee concretamente e discussi i singoli aspetti di fondazione di questo Istituto? Sapete con quali finalità precise venga costituito? Sapete quale sarà il tasso d'interesse che questo Istituto andrà praticando sui finanziamenti che esso farà alle singole aziende richiedenti? Sapete come sarà formulato lo Statuto di questo Istituto nei suoi dettagli? » Niente di tutto ciò. Si conosceva ottimamente la relazione che tutti noi abbiamo ricevuta mesi or sono: si vede che è stata distribuita anche agli enti economici, è stata esaminata, letta, ecc. Nell'interno di questi enti economici è stata scambiata qualche idea, tutti convengono che la fondazione di questo istituto è una bella cosa, ma un esame dettagliato non è stato fatto. Questi enti economici, i cui rappresentanti sono stati interpellati in tal senso, che cosa sono? Sono, a loro volta, enti che rappresentano altri enti economici, ed in sostanza, quindi, questo problema, per essere studiato convenientemente in tutti i

suoi dettagli, in tutta la sua portata e in tutti i suoi aspetti, avrebbe dovuto essere poi discusso da questi enti economici che sono una rappresentanza. Per esempio, la Camera di commercio, che rappresenta una parte di ditte industriali, una parte di agricoltura, una parte di ditte commerciali, avrebbe dovuto compulsa-re questo problema nella Giunta esecutiva della Camera di commercio, la quale, a sua volta, avrebbe potuto poi concludere: « sentiamo un po' anche la categoria dei commercianti, la categoria degli agricoltori, queste altre categorie ». E queste categorie, che a loro volta hanno una rappresentanza, avrebbero potuto anche dire: « Sentiamo un po' il signor Amonn, che oltre ad essere commerciante è anche Consigliere regionale, e lo crediamo meglio informato di noi su questo argomento, anche per il fatto che fa parte della Commissione per l'industria, commercio, turismo, trasporti ». La democrazia nel campo economico come si svolge? Si svolge attraverso la possibilità e la pratica attuazione di tutte queste dettagliate discussioni di tutti gli interessati per dedurne poi i principi generali che avrebbero dovuto essere portati in Consiglio ed ivi discussi.

Ma non adesso che si sta discutendo su un provvedimento di utilizzo di avanzi del bilancio 1950, ma prima! Nel momento in cui la Giunta regionale riteneva di essere pronta avendo maturato tutti gli argomenti attraverso queste discussioni con gli enti interessati, avrebbe dovuto, prima di portare davanti al Consiglio il provvedimento di utilizzo, portare il problema dell'istituzione dell'Istituto di credito. E allora risultava la necessità di vedere in base a quale principio si poteva trovare da parte del Consiglio una uniformità di linea per procedere poi alla formulazione dello statuto. Vale a dire: proce-

dura, che in questo caso è sostanza; esame dei principi che devono presiedere alla fondazione di questo istituto. Esaminati i principi e convenuto su di essi avrebbe dovuto essere compilato lo schema di statuto. Dopo aver fatto tutto questo, si poteva procedere all'approvazione dell'utilizzo degli avanzi del bilancio 1950. Con un'osservazione però anche qui: è un'approvazione del bilancio preventivo del 1952, verso determinati settori dell'agricoltura. Quelli lì sono soldi avanzati; ma ci sono problemi continuamente più urgenti per i quali non ci sono più soldi, per i quali non c'è più possibilità di avere dei fondi a disposizione per dare corso ad attività già preventivate in parte, ed in parte no, ma che si sono manifestati improvvisamente! Non ci sono più fondi! È del 23 luglio, cioè di ieri, una lettera, che ho ricevuto da parte dell'Assessore supplente alle foreste, relativamente alla urgente sistemazione di un torrente che, proprio in queste ultime settimane, ha portato a valle una enorme massa di materiale di detrito minacciando di distruggere la bella strada. È molto logica, questa lettera, è molto chiara, e anche molto significativa. Questi utilizzi, anziché essere portati verso altri scopi, devono, entro i limiti di ogni possibilità, essere ancora indirizzati verso gli stessi indirizzi che hanno formato il binario del bilancio preventivo. Ed è per questa ragione, anche, che sarebbe stata immensamente opportuna la richiesta di far entrare in Regione quel miliardo attraverso l'articolo 60 chiedendo poi, eventualmente, anche qualche maggiorazione per mettere la Regione in condizione di entrare con un quid proprio. Se utilizziamo oggi i fondi in senso diverso da quello preventivato compiamo anzitutto un atto illogico. Quest'atto illogico poi va ad incidere indiscutibilmente su quei problemi che hanno un carattere veramente vitale.

Comunque, ormai è troppo tardi per parlare di questo argomento, in quanto la situazione è purtroppo pregiudicata; e su questa situazione pregiudicata è difficile poter ritornare. Allora, che cosa c'è da fare? C'è da vedere se possiamo, nel quadro delle trattative già svolte e già in corso di svolgimento tra Regione e Stato, fondare un Istituto di credito con le caratteristiche che siano di comune soddisfazione. Ho sentito prima, per la verità, con le orecchie alquanto alzate, l'espressione del dottor Benedikter a nome del gruppo della V. P.

Volkspartëin.

CRISTOFORETTI (M.S.I.): Lo Obergefreiter!

CAPRONI (P.P.T.T.): E mi accorgo che la magnifica qualità del Presidente della Giunta di saper persuadere e soprattutto compromettere, ha avuto anche questa volta buon esito. Mi congratulo con lui se ciò è avvenuto direttamente o a mezzo dei suoi collaboratori. È indubbiamente una dimostrazione di non comune capacità nel sapere svolgere determinate trattative di natura alquanto delicata e nel saper compromettere, ed allora non c'è niente da fare! Ritornando a quanto detto prima...

PARIS (P.S.U.): Caproni, spiegate!

CAPRONI (P.P.T.T.):... a quanto detto prima dal dottor Benedikter, io dico: il tutto viene riportato alla futura formulazione dettagliata dello statuto dell'Istituto di credito, dove probabilmente il gruppo etnico sudtirolese riterrà di inserire quelle riserve che ad esso interessano; nella formulazione di questo statuto si vede il non plus ultra delle garanzie; si ritiene che lo statuto, una volta for-

mulato, possa sufficientemente garantire i singoli gruppi interessati. Proprio ieri, parlavo con un rappresentante italiano degli enti economici della provincia di Bolzano — e badate che è un rappresentante del quale non sono autorizzato a fare il nome, non l'ho chiesta l'autorizzazione e non lo faccio, ma è molto alto, molto alto...

MAYR (Assessore alle finanze - S.V.P.): Due metri! (*ilarità*).

CAPRONI (P.P.T.T.):... è rappresentante in due enti economici, e sono autorizzato a ritenere che la sua voce, se non è l'espressione ufficiale del pensiero di questi due enti o almeno di uno, è indubbiamente l'espressione ufficiosa di quel pensiero. Gli ho chiesto: « Lei, che vede con gradimento una maggioranza della rappresentanza statale nel consiglio di amministrazione dell'Istituto, non vede invece una sufficiente garanzia di fronte a qualche cosa che per noi è molto interessante, non vede una sufficiente garanzia nelle singole disposizioni dello statuto, per tutelarsi dal pericolo — ed ecco la parte interessante a cui lui accennava — che poi nella distribuzione dei fondi di questo Istituto per gli impegni che ne vengono fatti la maggioranza trentina non faccia poi la parte del leone? Sono trentino anch'io... »

BALISTA (D.C.): Ma va là! (*rumori, interruzioni*).

CAPRONI (P.P.T.T.):... effettivamente, nella formazione di questa maggioranza non vede una sufficiente garanzia? ». Questi mi ha risposto: « No, ! Io non vedo in alcuna formulazione statutaria, per quanto perfetta essa sia, una garanzia sufficiente. Vedo invece una maggioranza statale nel consiglio d'ammi-

nistrazione (badate che io non condivido questa idea, la riferisco per arrivare alla mia dimostrazione), *come un qualche cosa di obiettivo, al di fuori e al di sopra di alterne vicende tra l'una e l'altra provincia, con probabilità però di far tracollare, dati anche i rapporti economici, i bisogni sociali ecc. nel Trentino, di far tracollare la finanza da quella parte*». Questo ragionamento ha anche un certo fondamento. Tutti sappiamo che le leggi le fanno e poi le applicano gli uomini, e tutti sappiamo che le stesse leggi fatte dagli stessi uomini talvolta, nella loro interpretazione, a seconda della latitudine, trovano un'applicazione leggermente diversa dall'uno all'altro luogo. Anche per le leggi della Chiesa troviamo una applicazione talvolta diversa: un matrimonio che non si poteva assolutamente celebrare a Napoli fu celebrato dalle autorità ecclesiastiche a Terzano. Dunque, è questione di latitudine, di interpretazione. La possibilità di interpretazione di questo statuto, è il motivo per il quale quel signore mi diceva di non ritenersi soddisfatto neanche con uno statuto che prevede con precisione di termini tutte quante le modalità di funzionamento dell'Istituto. È per questo che mi rende un po' perplesso l'accontentamento e lo scivolamento del vostro gruppo su questo argomento. Non so se avete avuto o intenderete di avere per vostro conto personale, per finalità vostre, delle contropartite, ma io vedo tuttavia un pericolo in questo scivolamento. Ve lo dico francamente, perché sarebbe doloroso se questo pericolo, che oggi prevedo, costituisse domani una nuova fonte di piccoli attriti e questioni, che poi, tutte insieme formano la grande montagna.

CRISTOFORETTI (M.S.I.): La voce della montagna!

CAPRONI (P.P.T.T.): Da parte nostra ci può essere un accontentamento nel senso che si prevede l'inserimento nell'Istituto di due sezioni, una per Trento ed una per Bolzano. Ma, sostanzialmente, si sposta la situazione attraverso questo scivolamento? No! Anche questa volta il Consiglio regionale è chiamato a dover decidere su un utilizzo di residui attivi di un bilancio, accontentandosi di addivenire soltanto dopo allo studio, alla formulazione e all'approvazione dello Statuto. Come è avvenuto per la società Avisio! Questo metodo, assolutamente non va, io lo riprovo, e non posso fare a meno di osservare che in tutto questo mi sembra di scorgere un po' di roseo ottimismo, vorrei dire un po' di leggerezza economica. Noi avevamo discusso ampiamente tutti questi problemi in sede di riunione del Collegio delle minoranze, e anche qui ho visto che una volta l'amico Cristoforetti è stato abile in una citazione omerica. C'è in Omero un breve detto che si esprime così: (*recita*), sono versi che hanno dato lo spunto a Fidia per creare dal marmo la statua di Giove Olimpio. Per noi Giove Olimpio, che è il supremo regolatore di una lotta...

CRISTOFORETTI (M.S.I.): È Odorizzi, Odorizzi!

CAPRONI (P.P.T.T.):... di una lotta che non ha termine fra gli dei, semidei e mortali...

PARIS (P.S.U.): E i diavoli!

CAPRONI (P.P.T.T.): ... è il Presidente Odorizzi, che è veramente Giove Olimpio.

PRESIDENTE: Caproni, stringere!

CRISTOFORETTI (M.S.I.): Ma non sta leggendo!

CAPRONI (P.P.T.T.): Vengo subito al concreto, non si agiti, Presidente. Adesso i mortali e gli dei e i semidei avrebbero dovuto partecipare tutti alla lotta, invece, anche nel complesso delle minoranze, mi sembra di notare una certa fiacchezza nel sostenere i principi, che sono stati affermati in sede di Consiglio delle minoranze. I punti sui quali tutte le minoranze avevano convenuto, tranne il V.P. che accettava i punti 2, 3, 4, 5, sono stati riassunti nella relazione delle minoranze letta dal consigliere Defant. Questi stessi punti si trovano oggi riesposti in un ordine del giorno che presento, d'accordo anche col collega Scotoni. Quali finalità avrà questo ordine del giorno? Dovrà necessariamente statuire in questo momento, prima di decidere sull'utilizzo dei fondi, quei principi che non sono stati stabiliti prima, quei principi per cui potrà poi essere formulato con tranquillità di tutti lo statuto definitivo dell'istituendo Istituto di credito. È questione di procedura; ma in questo caso la procedura diventa sostanza. Facendo così perderemo 15-20 giorni di tempo, o un mese o un mese e mezzo; sarà un tempo prezioso perduto, perché la creazione di questo Istituto è ambita da molti settori economici, dall'agricoltura, dall'industria e dal settore alberghiero. Ma questo tempo prezioso ci porterà almeno al risultato di avere una cosa chiara davanti a noi e di essere tutti aderenti a quelle statuizioni che si devono concretare. Aggiungo ancora, per quanto concerne l'industria, che la creazione di un Istituto del genere potrebbe essere molto utile anche a Bolzano, perché in tutte le città dove vi sono delle zone industriali, che abbiano già una storia (quella di Bolzano è molto recente), vi sono delle piccole fabbriche, delle piccole aziende industriali, le quali, esonerando le aziende maggiori dalla produzione diretta di

determinati strumenti, utensili, materiali, concorrono esse stesse alla produzione di questi. Così queste industrie, specialmente quelle meccaniche, con un colpo di telefono hanno la possibilità di avere già sul posto la fornitura richiesta, con grande economia per le industrie stesse. Perché se un industriale fabbrica occhiali e nel contempo anche orologi, il dispendio economico dell'azienda è molto maggiore che non nel caso in cui fabbricasse solamente occhiali.

PRESIDENTE: Ora ci sarà una pausa, poi parlerà subito il dottor Scotoni.

SCOTONI (P.C.I.): È mia intenzione, nel fare questo intervento, di richiamare l'attenzione del Consiglio sulla questione che mi sembra della massima importanza, e vorrei dire pregiudiziale, prima che venga presa qualsiasi decisione in merito all'argomento che stiamo trattando, cioè la questione connessa con la competenza regionale in materia di credito ed in particolare di Istituti regionali di credito. Voglio anzitutto precisare che, secondo me, non è corretto parlare di Stato e Regione come se questi fossero due enti contrastanti e concorrenti, opposti l'uno all'altro, che si devono osservare a vicenda per il timore di vedere invase le rispettive competenze. Nel campo della definizione di « Stato » ho cercato di concretizzare sul terreno della nostra legislazione questa definizione. Specialmente se esamino l'articolo 1 e l'articolo 5 della nostra Costituzione dovrei convenire che anche le Regioni sono organi, attraverso i quali la sovranità popolare manifesta e attua la propria volontà. Quindi, per conto mio, la Regione e gli organi della Regione sono organi statali, altrettanto quanto quelli che, in linguaggio comune, vengono definiti tali per comodità,

per mancanza di termine, per imprecisazione o altro. Perciò non parlerò di Regione o di Stato, ma per trovare una parola che possa in qualche modo sostituire un'altra più adatta che non so trovare, parlerò di Regione e di Amministrazione centrale. Osserviamo il nostro Statuto e il disposto del punto 4 dell'articolo 5 non soffermandosi solo ad analizzare ed approfondire il contenuto delle parole « *ordinamento degli istituti di credito regionale* » ma cercando di inquadrare questa frase nelle altre disposizioni statutarie e costituzionali, cerchiamo di richiamarci alla mente quanto disposto dall'articolo 4 dello Statuto dove è riconosciuta alla Regione la facoltà di: « *In armonia con la Costituzione e i principi dell'ordinamento giuridico dello Stato e col rispetto degli obblighi internazionali e degli interessi nazionali, nonché delle norme fondamentali delle riforme economico-sociali della Repubblica, la Regione ha la potestà di emanare norme legislative sulle seguenti materie:*

- 1) *ordinamento degli uffici regionali e del personale ad essi addetto;*
- 2) *ordinamento degli enti pararegionali;*
- 3) *circoscrizioni comunali;*
- 4) *espropriazione per pubblica utilità non riguardanti opere a carico dello Stato;*
- 5) *viabilità, acquedotti e lavori pubblici di interesse regionale;*
- 6) *miniere, comprese le acque minerali e termali, cave e torbiere;*
- 7) *impianto e tenuta dei libri fondiari;*
- 8) *servizi antincendi;*
- 9) *agricoltura, foreste e corpo forestale, patrimonio zootecnico ed ittico, istituti fitopatologici, consorzi agrari e stazioni agrarie sperimentali;*
- 10) *alpicoltura e parchi per la protezione della flora e della fauna;*

- 11) *caccia e pesca;*
- 12) *assistenza sanitaria ed ospedaliera;*
- 13) *ordinamento delle Camere di commercio;*
- 14) *comunicazioni e trasporti di interesse regionale;*
- 15) *sviluppo della cooperazione e vigilanza sulle cooperative;*
- 16) *contributi di miglioria in relazione ad opere pubbliche eseguite dalla Regione e dagli altri enti pubblici compresi nell'ambito del territorio regionale;*
- 17) *turismo e industrie alberghiere* ». E il disposto del punto 6 dell'articolo 5: « *La Regione, nei limiti del precedente articolo e dei principi stabiliti dalle leggi dello Stato, emana norme legislative sulle seguenti materie:*

- 1) *ordinamento dei Comuni e delle Province;*
- 2) *istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza;*
- 3) *incremento della produzione industriale e delle attività commerciali;*
- 4) *ordinamento degli enti di credito fondiario, di credito agrario, casse di risparmio e casse rurali, nonché delle aziende di credito a carattere regionale;*
- 5) *utilizzazione delle acque pubbliche;*
- 6) *assunzione diretta di servizi di interesse generale e loro gestione a mezzo di aziende speciali;*
- 7) *opere idrauliche della quarta e quinta categoria;*
- 8) *opere di bonifica* ».

Ricorderemo ancora altre competenze previste dall'articolo 5, quali l'incremento della produzione industriale e delle attività commerciali, o quelle previste all'articolo 4 a proposito dell'agricoltura. A questi punti del nostro Statuto avviciniamo anche i disposti

di alcuni articoli della Costituzione, ed in particolare del 5°, che stabilisce come la Repubblica riconosce, promuove le autonomie locali, attua nei servizi che dipendono dallo Stato il più ampio decentramento amministrativo ed in genere tutte le altre disposizioni che la Costituzione prevede a proposito della trasformazione profonda che la nostra legislazione avrebbe dovuto attuare per adeguarsi a questi principi. Anche qui ricordo l'articolo 5 dove si dice che la Repubblica adegua i principi e i metodi della sua legislazione alle esigenze dell'autonomia, del decentramento. Credo che quando si esamina tutto ciò, senza voler troppo appigliarsi al termine o alla frase, ma solo per avere un quadro di prospettive cercando di desumere le cose essenziali, si debba convenire che nella istituzione di Istituti di credito a carattere regionale era alla Regione che effettivamente spettava l'iniziativa: e la Regione avrebbe dovuto provvedere. L'obiezione che la legislazione vigente attribuisce ad organi dell'Amministrazione centrale questa facoltà, non mi pare sostenibile perché una legge è norma comune che modifica, sostituisce delle leggi precedenti, tanto più quando si tratta di una legge costituzionale. Non è sostenibile, perché se questa legislazione non è stata ancora modificata, non è da imputarsi a noi questo fatto, ma eventualmente ad altri organi che avrebbero dovuto provvedere ad adeguare, come accennavo prima, in base all'articolo 5, con la nona norma transitoria, la legislazione statale alle nuove esigenze. Quindi sarebbe assurdo il far ricadere questa trascuranza sopra questo ente che avrebbe dovuto e potuto goderne i benefici. Se poi si volesse sostenere che queste competenze hanno bisogno, per manifestarsi concretamente, di un apporto finanziario, allora noi, accettando questa tesi nel significato dato a questa frase, verremo a

svuotare completamente l'Autonomia. Evidentemente il 99% delle facoltà concesse dallo Statuto, per manifestarsi concretamente hanno bisogno di un intervento finanziario. Questo era noto ai costituenti, e la stessa Costituzione lo prevede quando all'articolo 219 dice come alla Regione siano attribuiti i tributi propri, le quote di tributi erariali, in relazione ai bisogni della Regione per le spese necessarie per adempiere alle loro funzioni normali, mentre per provvedere a scopi determinati lo Stato assegna per legge, alle singole regioni, con tributi speciali. Come del resto, in parte, è già avvenuto almeno per la prima delle due ipotesi previste dall'articolo 219 nel nostro Statuto, con l'articolo 60 e quelli seguenti. Un altro argomento è stato sollevato per contrastare la tesi da me sostenuta e secondo la quale avrebbe dovuto la Regione provvedere in questa materia, e cioè la mancanza delle Norme di attuazione. Potrei ammettere che vi sia necessità di queste Norme di attuazione, qualora si trattasse di modificare uno statuto vigente, di disciplinare una cosa che già esiste e ha bisogno di disposizioni di dettaglio che regolano dei rapporti preesistenti. Ma qui si tratta di istituire un Istituto nuovo, di prendere una nuova iniziativa, che, proprio perché non esisteva, non poteva essere disciplinata precedentemente da disposizioni emanate dagli organi dello Stato. D'altra parte noi abbiamo visto in tante materie (si potrebbe parlare dell'agricoltura), il passaggio degli uffici prima che entrassero in vigore le Norme di attuazione che li prevedevano. Nello stesso campo del credito sappiamo, per esempio che la disposizione che prevede la competenza regionale, in particolare del Presidente della Giunta, nell'apertura di sportelli bancari di Istituti di credito con sede nella Regione, già si esercitava prima del-

l'emanazione delle Norme di attuazione; ed era logico che così fosse.

Quindi le Norme di attuazione saranno necessarie in quei casi dove occorra questa disciplina particolare per regolare dei rapporti preesistenti, mi sembra che non siano necessarie laddove invece si crea qualche cosa di nuovo. Stando così le cose, la procedura più regolare da seguire in occasione di questa iniziativa sarebbe stata la seguente: riconosciuto in sede regionale l'utilità, l'opportunità e la necessità di questo Istituto di credito, si poteva ovviamente trattare con gli organi dell'Amministrazione centrale per sapere fino a che punto avrebbero potuto intervenire, sia secondo la tesi del consigliere Caproni in base all'articolo 60, sia con assegnazione di carattere particolare per procurare l'apporto finanziario presupposto. Saputo approssimativamente quale poteva essere questo apporto finanziario, si poteva disporre in sede regionale, con una legge regionale. Questo problema non è stato esaminato, per lo meno non sufficientemente; ed anche nella voluminosa e profonda relazione presentata dall'Assessore proponente, mi pare che questo aspetto del problema non sia stato sufficientemente approfondito. Anche se tutto quello che ho detto finora a proposito di questa competenza fosse completamente sbagliato, credo che tuttavia si potrebbe validamente sostenere ancora come in base all'articolo 13 del nostro Statuto siano già state trasferite le competenze in questo campo, e come quindi dovevano essere gli organi regionali ad attuare quanto disposto dalla legge del 1950. Rilevo in proposito che nel commento all'articolo 13 contenuto nel volume che ci è stato gentilmente inviato dalla Giunta — per il quale io colgo l'occasione per ringraziarla di questo presente — si afferma che l'esercizio della potestà ammini-

strativa della Regione: « Nella materia e nei limiti entro cui la Regione o la Provincia può emanare norme legislative, le relative potestà amministrative, che in base all'ordinamento preesistente erano attribuite allo Stato, sono esercitate rispettivamente dalla Regione e dalla Provincia.

Restano ferme le attribuzioni delle Province ai sensi delle leggi in vigore, in quanto compatibili con il presente Statuto.

Lo Stato può inoltre delegare, con legge, alla Regione, alla Provincia e ad altri enti pubblici locali funzioni proprie della sua amministrazione. In tal caso l'onere delle spese per l'esercizio delle funzioni stesse resta a carico dello Stato.

La delega di funzioni amministrative dello Stato, anche se conferita con la presente legge, potrà essere modificata o revocata con legge ordinaria della Repubblica». È vero che la legge 1950 non attribuisce specificatamente ad organi regionali la sua attuazione, ma è anche vero che sempre in base o a quella tale norma nona transitoria alla quale prima accennavo, o allo spirito e alla lettera dell'articolo 13 dello Statuto, si può validamente sostenere che queste competenze siano già state trasferite. Anche perché io credo che ben difficilmente una legge dello Stato potrà prevedere nella sua stesura tutte le particolari forme di attuazione, in parte delle Regioni a Statuto comune. Ad esempio, in questa materia noi vediamo dizioni diverse, a seconda che si tratti della Regione Trentino-Alto Adige, della Regione siciliana, della Regione sarda, della Valle d'Aosta, e delle Regioni a Statuto comune. Quindi non credo che si potrà addivenire ad una precisazione minuziosa di tutte le singole funzioni che in un campo o nell'altro dovranno e potranno essere esercitate dai singoli organi sia delle Amministrazioni

centrali, sia delle varie regioni. Se poi si volesse avanzare, come mi pare fu fatto in sede di Commissione, questa obiezione, anche ammesso che tutto ciò abbia delle fondamenta, stando così le cose, noi ci troviamo nella condizione che l'amministrazione centrale non conferisca quel tale miliardo al costituendo Istituto se non alle condizioni che ci propone. Penso che non si possa accettare questa impostazione, ci si potrebbe porre questa domanda: vale di più un miliardo o valgono di più le competenze che ci sono attribuite dallo Statuto? È una domanda anche questa per me improponibile, perché credo che non sia nostro mandato il patteggiare sulle nostre competenze. Noi abbiamo un mandato preciso: rispettare lo Statuto e rispettare la Costituzione, anche se per ipotesi — cosa che rifiuto di ammettere — in alcuni punti l'applicazione di questo Statuto, l'applicazione della Costituzione, dovesse danneggiare economicamente la nostra regione. Mi rifiuto di ammettere questo, perché voglio fare tanto credito agli organi dell'amministrazione centrale da ritenere che, se hanno deciso, sia pure in via preliminare, di conferire questo miliardo al nuovo Istituto, lo hanno fatto perché lo ritengono utile alle popolazioni della Regione Trentino-Alto Adige e quindi anche utile sul piano nazionale (perché è inconcepibile un'utilità di una parte contraria all'utilità del tutto, quando si tratta di uno Stato). Se hanno deciso di conferire quel miliardo, lo hanno fatto ritenendolo utile, e non credo sarebbero disposti a fare qualche cosa contrario all'interesse generale e collettivo, solo per una questione di principio, solo per avere un certo numero di consiglieri nel consiglio di amministrazione del nuovo Istituto. Questo lo dico proprio perché non vorrei mi venisse mosso l'appunto di cercare, con un numero di parole abbastanza lungo, di dire

quello che si può riassumere brevemente nella frase: « Muoia Sansone con tutti i Filistei ! ». Credo che se gli organi dello Stato si rendono conto attraverso una discussione serena e approfondita, ma anche tenace, dei diritti conferitici dalla Costituzione e dallo Statuto in questo campo, essi avranno senz'altro la coscienza di non ritirare la promessa fatta. Questo per quanto riguarda la competenza.

Potrei ancora dilungarmi sulla questione dei controllori controllati, sulla quale ho più volte richiamato l'attenzione del Consiglio. Non lo faccio per non ripetermi: basta un accenno che forse, col passare del tempo, potrà avere una maggiore efficacia di quanto abbia avuto finora.

Non posso però tralasciare di rispondere al consigliere Samuelli, il quale ha detto press'a poco, se non sbaglio nel riferire, che da parte delle minoranze vi sono due preoccupazioni: prima, che lo Stato possa in qualche modo finire col dominare la vita economica regionale, e su questo non è necessario trattenersi dopo quanto ho detto prima; l'altra preoccupazione invece è basata sul timore che questo nuovo Istituto possa diventare strumento di pressione, di dominio, come una bandita di caccia o qualche cosa del genere del partito della D.C. Effettivamente questa preoccupazione potrebbe essere rilevante, quando si considera che attraverso la procedura prevista per la designazione di coloro che rappresenteranno la Regione nel consiglio di amministrazione dell'Istituto, si attua un fatto alquanto strano: un gruppo di questo Consiglio senza maggioranza assoluta, composto grosso modo di un terzo dei componenti del Consiglio, può finire coll'essere arbitro, (sia pure col rispetto dell'articolo 54 eventualmente), nel designare tutti i membri che rappresentano la Regione in quel complesso.

Tutti, perché evidentemente questo gruppo che è in minoranza nei confronti del totale del Consiglio di amministrazione è tutta la maggioranza della Giunta. Se alla Giunta vengono posti ai voti questi argomenti — il che può essere non avvenuto oggi, ma potrebbe avvenire domani, o tra un anno o in 5 anni — questo gruppo che ha la maggioranza nella Giunta sarebbe, in sostanza, l'unico arbitro nel designare la totalità dei membri del consiglio di amministrazione. Questo mi pare un fatto che può far nascere delle sfiducé, delle perplessità, dei dubbi, può nascere effettivamente il dubbio che non si rispettino in modo molto preciso le regole del gioco. Ammetto naturalmente che la maggioranza possa prendere delle decisioni anche in contrasto con gli altri.

Per concludere, su questa obiezione fatta, su questa tesi sostenuta ora e in precedenza, non mi si potrà accusare di parlare adesso su questo argomento, quando ben dal 1950 noi sapevamo che si stava studiando la possibilità per preparare la creazione di questo Istituto di credito. Sono cose che ho sempre dette, le ho dette in Commissione e le ripeto adesso qui in Consiglio. Credo che queste obiezioni e queste pregiudiziali siano tali per cui si debba seriamente riflettere. Per parte mia, dico subito che senza tale soluzione, che dovrebbe essere accettata in parte notevole, non mi sentirò di votare questa legge, perché mi sembra oltre tutto, che è inutile nascondersi la verità. Sotto la nostra autonomia c'è qualche cosa di più di un puro e semplice decentramento amministrativo o creazione di statuti autonomi per consentire alle popolazioni locali di intervenire nelle questioni dello Stato, c'è qualcosa di più dipendente dall'esistenza in Regione di un gruppo etnico diverso da quello dominante, come numero, in campo

nazionale. Ritengo che il nostro Statuto abbia voluto garantire certi diritti — non mi importa quale possa essere oggi la posizione dei rappresentanti di questo gruppo in seno al Consiglio — dei loro elettori. Da parte mia non mi accontento di singole posizioni. Questa osservazione l'avrei fatta ugualmente qualunque sia, adesso o in futuro, l'atteggiamento del gruppo del V.P. Questo Statuto garantisce certi diritti. Per me, così come si va raffigurando l'Istituto nella sua costituzione, questi diritti non li vedo tutelati sufficientemente. Siccome i giri di valzer non mi piacciono, siccome sono convinto che quando uno promette una cosa la deve mantenere, non accetterò neanche sotto questo profilo di veder realizzato l'Istituto così prospettato. Se poi si volesse accusarmi — come mi sembra sia stato fatto sulla stampa nei riguardi delle minoranze — di essere uno dei rimorchiati dal gruppo di lingua tedesca, io credo che l'accusa faccia meno onore a chi la fa che a chi la riceve. Anche costoro sono dei cittadini che hanno gli stessi diritti degli altri, e non hanno neanche bisogno di essere definito un diritto quello di trovarsi casualmente, su certe questioni, d'accordo con gente di altro pensiero politico e di altro indirizzo. Comunque credo che questa accusa non mi potrebbe essere mossa dalla maggioranza del gruppo di lingua italiana la quale collabora, non ci trovo niente di particolare, col gruppo di lingua tedesca da 4 anni; e se ha trovato modo questo gruppo di intendersi o di trovarsi consenziente su certe questioni, non vedo perché sarebbe una colpa per me o per altri il trovarsi consenzienti su altre questioni. Ho voluto dire questo su tali argomenti che più mi interessano e mi stanno a cuore, perché formano una questione di principio. Sono convinto che le questioni di principio in alcuni casi sembrano

distrarre e distogliere da quelli che sono gli interessi più immediati, però a lungo andare sono quelle che rendono di più. Attenersi alle leggi fondamentali della Repubblica, non può essere che di giovamento, non può essere che utile. Perciò non voglio prendere neanche in considerazione l'argomento che è stato portato, di dire « il credito è una cosa troppo delicata per affidarlo alla Regione ». Sarà un'opinione come un'altra, ognuno la potrà esprimere, ma a parte il fatto che con ciò si forniscono degli argomenti di straordinaria efficacia agli anti-autonomisti, noi non siamo qui per militare sulla bontà o sulla non bontà delle disposizioni della costituzione dello Statuto, ma siamo qui per applicarle. Siccome l'accettare quanto ci è stato proposto non sarebbe conforme a ciò, non potrò dare il mio voto a questo Istituto.

DEFANT (A.S.A.R.): Nel mio intervento di ieri ho omesso un argomento e sento il dovere di dichiararlo in Consiglio. Oggi è stato affermato dal consigliere Samuelli, ieri dalla stampa e poi da tutti noi, tutti i settori sono interessati alla costituzione di questo Istituto di credito. Ciò non è vero! Dobbiamo affermare la verità perché essa risponde ad una precisa situazione economica. Vi sono settori che non hanno alcun interesse a questo, non per ostilità alle istituzioni regionali o per altri preconcetti. Non hanno alcun interesse alla costituzione di questo istituto le banche che fanno parte della nostra società economica e quindi bisogna considerarle. È bene che i signori consiglieri si rendano edotti che c'è qualche settore che non ha il tornaconto nel sorgere di questo Istituto. Bisogna tener conto sempre della realtà, sia essa gradevole o sgradevole. Perché il settore bancario non è favorevole? Vi è una ragione di mercato, fonda-

mentale, preponderante, e poi una ragione sociale: che i dirigenti gli Istituti bancari devono tenere il conto di 90.000 dipendenti e gli Istituti bancari e le Casse di Risparmio non sono una cosa da mettersi così facilmente da parte. Poi vi è una ragione di mercato. Oggi le banche e anche le casse di risparmio che avrebbero una funzione prevalentemente pubblica — poiché la raccolta del risparmio è dichiarata funzione pubblica, poiché le stesse Casse di Risparmio sono enti di diritto pubblico, anche se non enti parastatali — dicono: « Ma, cari signori, dobbiamo operare in una condizione economica che dura ormai da 10 anni. Questa condizione economica viene turbata profondamente (e qui si sbagliano, è per questo che io parlo) dal vostro intervento ». Questi signori credo che muoiano dalla paura anziché dalle conseguenze reali del pericolo stesso. Il nostro intervento, come previsto dalle disposizioni del signor Assessore, non turberà niente, anzi sono convinto che creerà successivamente, in un secondo tempo del malcontento. Nel frattempo gli Istituti bancari e le casse di risparmio dicono: « Noi consumiamo per spese generali, nelle quali sono compresi il personale, l'illuminazione, le tasse, ecc., il 6,50% su ogni 100 lire di deposito. Il 25% di deposito dobbiamo riversarlo alla Banca d'Italia... »

PARIS (P.S.U.): Sono escluse le Casse di Risparmio !

DEFANT (A.S.A.R.): Ad ogni modo le banche spendono il 4,25% per il personale e quindi riversano il loro contributo in sottocosto. Le Casse di Risparmio dicono: « Domani, in base a questa legge progettata, verseremo a questi Istituti, (e l'hanno dovuto versare senza sparare le 21 tradizionali cannonate di gioia) questi 200 - 250 milioni di lire, e voi

ci remunerate col 5%, mentre il costo medio si deve calcolare nella misura del 6,50%. La differenza è dell' 1,50%. Poi certi affari logicamente, anzi necessariamente, saranno sottoposti alla nostra attività». Siccome sono sempre stato uno dei propugnatori, non voglio con ciò ledere gli interessi precostituiti; bisogna tenerli sempre nella massima considerazione. Non tutti però sono contenti. Qualcuno, sopravvalutando questa iniziativa regionale, anzi — per meglio dire — statale, crede addirittura che sia un pericolo. Ora questa è la situazione precisa. Vi è un punto che è stato toccato solo superficialmente dal dottor Benedikter, cioè l'Istituto di credito fondiario. Vorrei pregare il dottor Benedikter di tener presente qual'è la vera realtà dell'Istituto di credito fondiario nei riflessi della politica creditizia regionale. Lo dice del resto anche la relazione del direttore generale sul bilancio 1951: *« Per rendere più appetibile il titolo, cioè per renderlo accessibile al mercato abbiamo dovuto ridurre progressivamente la durata delle operazioni. Questa circostanza, oltre all'instabilità dei prezzi, ci impone di usare maggiore riservatezza nella concessione dei mutui »*. Cosa vuol dire questo? Che il termine dei mutui era ormai sgradito alla clientela dell'Istituto di credito fondiario. Gravi sintomi questi!

Vi è un altro documento importantissimo sul quale il signor Presidente della Giunta regionale potrà darci qualche delucidazione: la Giunta provinciale ha contratto un'operazione di mutuo con l'Istituto di credito fondiario. Io mi domando se i gravami inerenti a questa operazione siano tollerabili specialmente nei riflessi di un ente pubblico come è la Provincia di Trento. Io non voglio sostenere che sia la più ricca della Repubblica italiana, ma il patrimonio della Provincia di Trento è abba-

stanza consistente; hanno voluto un cumulo di garanzie tali, per cui un privato si spaventerebbe a contrarre un'operazione di questo genere. Questa è una documentazione precisa della situazione del credito nella quale ci troviamo. Prego i signori Consiglieri di sentire qualche cosa: a garanzia delle operazioni gli Istituti richiedono altresì la concessione delle ipoteche sulla partita tavolare 1273 comune catastale di Trento, 864 comune catastale di Trento, 566 comune catastale di Villazano, dopo aver richiesto delegazioni sul provento della sovraimposta provinciale; ma, signori miei, se il privato deve fare fronte a queste garanzie, allora il credito non è più possibile, allora l'Istituto di credito fondiario stesso non risponde più alle esigenze per cui è stato creato nel lontano 1903. Questa è la realtà. Va bene, la Provincia di Trento può fare fronte a tutte queste richieste di garanzia. Ma un altro Istituto dovrebbe semplicemente rinunciare alla concessione del credito, ed un privato rinunciare semplicemente all'operazione. Questa è la realtà. È bene portarla in chiaro. Questa mattina Samuelli ha fatto una serie di considerazioni generali. Ha detto che la minoranza tende a politicizzare. Chi vuole essere sereno nel giudizio deve riconoscere che noi non abbiamo mai politicizzato il problema per la semplice constatazione che una eccessiva interferenza politica nelle operazioni economiche risulta sempre dannosa all'economia e non troppo vantaggiosa alla stessa politica. È una considerazione generale che possiamo fare nella nostra sede, e che possiamo trasportare in qualunque altra sede. Un tentativo è stato fatto in altra sede; e non so se è stato fatto per scarsità di sensibilità politica o per altro motivo, perché quando si presenta questo articolo (del giornale « L'Adige ») che parla della nomina dei rappresentanti della

Regione in seno al Consiglio di amministrazione, dove è prevista la norma statutaria che analogamente sarà approvata per i rappresentanti in seno al collegio sindacale, in termini politici questo vuol dire predominio esclusivo del partito di maggioranza. Bisogna tradurre questi termini, che vogliono apparire economici, in termini politici; questa è la realtà. Se il partito di maggioranza fosse invece in minoranza dovrebbe raggiungere quello che vogliamo raggiungere noi, perché questo è un fenomeno comune preconstituito. Il Consiglio è bensì vero che sarà composto per metà dei rappresentanti dello Stato e per metà dei rappresentanti della Regione; ma noi abbiamo sentito dalla bocca del Presidente della Giunta che lo Stato con tutta probabilità accetterà la richiesta fatta dal Presidente della Giunta di nominare i propri rappresentanti attenendosi alla designazione della Giunta. Ma se domani la Giunta regionale dovrà designare questi membri, li designerà nell'ambito delle proprie conoscenze e sfere di attività, cioè degli elementi a cui ritiene di poter dare la fiducia economica e politica. Questo è logico! Se la composizione parte da questo criterio, non ho niente più da dire. Ma dal momento che trattasi di denaro pubblico per almeno 4/5 della fondazione, credo che a questa amministrazione dovrebbero poter partecipare, sia pure in misura ridotta, anche coloro che non sono interessati direttamente al Governo regionale. Su ciò credo che Samuelli non abbia nulla da dire, perché altrimenti cadremmo in pieno in quel fenomeno che egli stamane ha chiamato di politicizzazione, anzi dirò di più, di partitizzazione, nel senso che il partito subentra al posto della collettività, sia pure in sede di rappresentanza. Non dico ciò perché gli uomini al potere sono democristiani.

Per me gli uomini sono uomini, rispetto le loro credenze politiche, ma sono uomini e giudicano come uomini, e come tali seguono un determinato orientamento pervenendo a considerazioni di interesse generale anche di fatti umani; ma bisogna tenere conto della deduzione logica che si deve fare, e cioè che in sede di amministrazione di denaro pubblico deve partecipare in contromisura anche colui che non è direttamente chiamato al governo della Regione. È questo che mi preoccupa e che sempre mi ha preoccupato. Questa volta l'obiezione posta è quella che l'origine della legge è statale; però Samuelli deve ricordare che nel caso dell'Avisio la proposta era identica. Fu dopo ripetute insistenze da parte nostra che la minoranza poté entrare nel collegio sindacale. Ora tale tendenza è manifesta e chiara in tutti i partiti, anche nel mio. Gli uomini agiscono in questo modo ma ad un certo momento tendono a prevaricare, ad estendere la propria influenza anche sulle sfere che dovrebbero essere di competenza altrui. Ecco perciò la funzione equilibratrice della minoranza, alla quale essa non deve venir meno; funzione questa alla quale la stessa D.C. non può rinunciare, e che anzi essa esercita nelle zone, dove non è al potere.

BALISTA (D.C.): Ma là non danno questo diritto, lo danno qui!

DEFANT (A.S.A.R.): Dove?

BALISTA (D.C.): In quelle province o in quelle regioni, a cui Lei accenna.

DEFANT (A.S.A.R.): Non danno?!

BALISTA (D.C.): No, non hanno questo diritto! Nelle province sotto i comunisti vada a vedere com'è!

DEFANT (A.S.A.R.): Si vede che l'opera della minoranza democristiana è assolutamente insufficiente !

BALISTA (D.C.): Non è insufficiente !

DEFANT (A.S.A.R.): Io credo che nella Repubblica italiana vige una sola Costituzione; e se al posto della democrazia cristiana vi fosse il Partito comunista, le stesse parole direi al Partito comunista.

BALISTA (D.C.): Questo lo metto in dubbio.

DEFANT (A.S.A.R.): È dettata dalla Costituzione della Repubblica italiana ! Se questo non avviene è perché le minoranze non compiono il loro dovere. Vuol dire che vi sono anche delle coalizioni sotterranee che possono portare a questi effetti. Ma sono convinto che appellandosi alla legge fondamentale dello Stato, questi fatti non possano avvenire. Se c'è sensibilità democratica o politica, in nome di questa io mi appello al Consiglio e alla Democrazia cristiana, quale partito di maggioranza in sede provinciale e in sede regionale, perché tenga conto di questo diritto democratico. Non si tratta di sospettare. Ho sempre detto che in sede di amministrazione l'onestà come la disonestà deve essere dimostrata. Non si può accusare alcuno di disonestà se non si ha una precisa documentazione, non si può dichiarare alcuno onesto se egli non lo dimostri chiaramente. Il controllo deve essere fatto da coloro che hanno interessi diversi dagli amministratori. Su questo punto non posso derogare, altrimenti non si adempie il preciso dovere delle minoranze.

Ora voglio concludere riesaminando tutta la questione; ho l'impressione che tutto questo trattato sull'istituto di credito sia stato affron-

tato con la mentalità dello scartamento ridotto. Non si vuole riconoscere — e non condivido l'opinione del consigliere Samuelli — che la Regione non deve adeguarsi alle prime dichiarazioni dell'organo centrale. Ci sarà una dichiarazione dell'organo centrale in questo senso: « non possiamo dare più di così ». Ci sarà una controproposta dall'altra parte che dirà: « ci troviamo in queste condizioni ed abbiamo bisogno di questo ». L'incontro di queste due proposte può portare una soluzione. Ma se il Presidente della Giunta, a contatto con gli organi centrali, si adegua immediatamente alle loro proposte, allora è vera la sua definizione: « Ciò che abbiamo ottenuto è il massimo e non si può ottenere di più ». Io invece dico che si può ottenere di più. Non si otterrà quello che noi vogliamo, ma comunque più di quanto ottenuto da loro, se vi sarà un ragionevole incontro dei due enti, Stato e Regione. Questa è la regola della convivenza nelle famiglie, e su ogni rapporto fra cittadini prevale la conciliazione degli interessi opposti. Su questo campo possiamo raggiungere risultati che finora non abbiamo mai raggiunto. Ma partiamo dalla convinzione che colui che è al centro sia l'esponente massimo della verità, al quale in qualunque caso la Regione è l'organo che deve sottomettersi !

Io non ho questa convinzione e mi metto alla pari di tutti gli organi centrali che devono riconoscere definitivamente le esigenze legittime degli organi periferici e conciliarle con le esigenze generali. La risultante non sarà proposta dal centro, né la proposta nostra, ma sarà sempre un prodotto superiore alle iniziali proposte dell'organo centrale. Ora questa convinzione l'esprimo, e mi auguro che la commissione, appoggiata dai rispettivi gruppi parlamentari, possa raggiungere qualche cosa di concreto. Abbiamo tre o quattro par-

titi che hanno solidi rappresentanti in Parlamento; perciò essi in sede centrale devono far sentire la loro voce. Credo che con questo metodo di procedura si possano ottenere risultati soddisfacenti; ma finché questi risultati non saranno raggiunti, non mi voglio esporre al ridicolo. Oggi ci sono le lodi, ma fra un anno o due sentirete la pubblica opinione dichiarare che la Regione non sa i fatti suoi, che doveva rendersi maggior conto delle esatte necessità regionali. A questo non mi sono mai esposto. Ho combattuto la mia campagna autonomistica del 1945; abbiamo posto le nostre legittime aspirazioni, che andavano al di là dello Statuto, che rappresentavano il limite massimo, al di là del quale c'è la separazione. Abbiamo posto il limite massimo, ben sapendo che non lo raggiungeremo mai, al cento per cento, ma solo in parte. Se avessimo chiesto in partenza il 20%, saremmo rimasti a casa. C'è sempre una diffidenza del centro verso la periferia e tutti gli enti pubblici, così della periferia verso il centro. Il centro crede sempre che la periferia voglia prevalere, la periferia è sempre disposta a credere che il centro favorisce questo anziché quello. Questa situazione psicologica bisogna sempre tenerla

presente e agire di conseguenza, ed allora avremo risultati superiori a quelli raggiunti oggi, che non sono certamente sufficienti. Quindi non posso accogliere la proposta della Giunta regionale.

PRESIDENTE: Chi desidera ancora parlare sull'articolo 6? Allora leggo il primo ordine del giorno.

ODORIZZI (Presidente della Giunta - D.C.): Siccome dovrei dare delle risposte di una certa ampiezza e credo sia doveroso per l'interesse che i signori Consiglieri hanno dimostrato nella trattazione dell'argomento — pregherei di consentirmi di rispondere domani mattina.

SALVETTI (P.S.U.): Allora sospendiamo, non c'è altro da fare. Non possiamo fare un passo avanti se non sentiamo l'intervento del Presidente della Giunta.

PRESIDENTE: Va bene, allora sospendiamo. Si riprende domani alle ore 9.15.

(Ore 13.40).

